

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementsspreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu begleben durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenkeller: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergeschaltete Zeitung oder deren Raum 80 Dfl.
Begrüßungsanzeigen und Arbeitsermittlungen 30 Pf.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pf.

Unsere Kämpfe und Erfolge im Jahre 1910.

Die Besserung des Geschäftsganges, welche sich im vorjährigen Jahre bemerklich machte, hat auch auf unsere Lohnbewegung äußerst belebend gewirkt. Noch nie zuvor hatten in einem Jahre so viele Kollegen in einer Lohnbewegung gestanden, als im Jahre 1910. Die Höchstzahl hat bisher das Jahr 1906 ausgewiesen, in welchem 1288 Lohnbewegungen mit 75 860 Beteiligten registriert wurden; eine vorläufige Zusammenstellung für das Jahr 1910 weist dagegen 1174 Bewegungen mit 106 011 Beteiligten aus. Das Anziehen der Konjunktur gestaltete es den Kollegen, im verflossenen Jahre in stärkerem Maße zur Offensive überzugehen. Die überwiegende Mehrzahl der Bewegungen und der beteiligten Personen entfällt deshalb auf Angriffsstöße. An und für sich betrachtet, ist auch die Zahl der in Abwehrkämpfen verwickelt gewesenen und der ausgesparten Kollegen keineswegs gering, sie erscheint nur klein im Vergleich mit der Zahl derer, die an Angriffsstößen beteiligt waren. Die Beteiligung des weiblichen Geschlechtes an den Lohnkämpfen hält sich mit 3,7 Proz. der Gesamtzahl in den in den letzten Jahren üblichen Grenzen; allerdings ist die Beteiligung gegenüber dem Vorjahr, wo dieser Anteil nur 2,5 Proz. betrug, erheblich gestiegen.

Neben die Art der Lohnkämpfe und die Zahl der auf die einzelnen Gruppen entfallenden Beteiligten unterteilt die nachstehende Tabelle:

	männlich	widlich	zusammen	Beteiligte
388 Angriffsstöße	14 089	1279	16 268	
dabei ohne Streit bewilligt	9 088	278	8 866	
126 Abwehrstöße	8 678	155	8 828	
40 Aussperrungen	3 292	67	3 359	
608 Angriffe ohne Streit	74 885	2196	77 081	
62 Abwehren	2 085	24	2 109	
1174 insgesamt	102 012	8999	106 011	

Zum Vergleich sei daran erinnert, daß im Jahre 1909 543 Lohnbewegungen mit 32 494 Beteiligten und 1908 441 Bewegungen mit 37 348 Beteiligten gezählt wurden, während im Jahre 1907 64 020 und 1906, wie bereits erwähnt, 75 860 Kollegen an den Bewegungen beteiligt waren.

Bemerkenswert ist der Umstand, daß sich der Schwerpunkt unserer Lohnbewegungen mehr und mehr auf die friedlich verlaufenen Bewegungen verschiebt. Das tritt im Jahre 1910 weit stärker in Erscheinung, als es in früheren Jahren der Fall war. Von den insgesamt 106 011 Personen, die an Lohnbewegungen beteiligt waren, entfallen nicht weniger als 79 190, nahezu 75 Proz., auf Bewegungen ohne Streit. In diesen Zahlen drückt sich besonders deutlich die Macht und der Einfluß aus, den unser Verband gewonnen hat. Die Unternehmer gewöhnen sich in steigendem Maße daran, mit dem Deutschen Holzarbeiterverband als einer beachtenswerten Macht zu verhandeln und sich auf friedlichem Wege mit ihm zu verständigen. Oft genug kommt es freilich immer noch vor, daß eine solche friedliche Verständigung nicht möglich ist, sei es, daß die Verhandlungen an der Gelingfügigkeit der Zugeständnisse scheitern oder daß sich die Unternehmer zu Verhandlungen überhaupt nicht herbeileßen. In solchen Fällen muß eben wohl oder übel gekämpft werden, und der Streit wird, trotz der Zunahme der Fälle friedlicher Verständigung, auf absehbare Zeit hinaus im Arsenal der deutschen Holzarbeiter eine wichtige Rolle spielen.

Die Kämpfe des Jahres 1910 haben unseren Kollegen wiederum recht annehmbare Erfolge gebracht. Die wichtigsten Kampfobjekte sind nach wie vor Arbeitszeitverkürzung und Lohn erhöhung; die auf diesem Gebiete erzielten Errungenschaften lassen sich auch am besten übersichtlich zur Darstellung bringen. Um sich aber einen vollen Einblick in den Erfolg der Kämpfe zu verschaffen, ist ein näheres Studium der Tarifverträge und der sonstigen Friedensdokumente notwendig. Man wird darin vielfach recht wertvolle Zugeständnisse finden, die von den beteiligten Kollegen nicht minder geschäftsamt werden, wenn sie auch in einer knappen Darstellung des Gesamterfolges der Bewegungen nicht zum Ausdruck kommen können. Wir beschränken uns auch hier auf die Darstellung der Errungenschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und Lohn erhöhung, und zwar getrennt für die einzelnen Arten von Lohnkämpfen. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

	a) Arbeitszeitverkürzung	pro Woche
	für Personen auf Stunden durchschnittl.	Std.
Angriffsstöße	10 488	19 129
Abwehrstöße	172	102
Aussperrungen	2 406	8 788
Angriffe ohne Streit	88 151	68 182
Abwehren		
Insgesamt	51 161	86 241
		1,7

	b) Lohn erhöhung	pro Woche
	für Personen auf Markt durchschnittl.	Mr.
Angriffsstöße	18 677	27 516
Abwehrstöße	185	814
Aussperrungen	8 087	4 122
Angriffe ohne Streit	70 262	128 786
Abwehren	225	225
Insgesamt	87 888	160 918
		1,84

Der Gesamterfolg auf diesem Gebiete läßt sich somit zusammenfassen in dem Satz: Es wurde erreicht für 51 161 Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 1,7 Stunden pro Woche und für 87 888 Personen eine durchschnittliche Lohn erhöhung von 1,84 Mr. pro Woche. Das sind Erfolge, welche die dafür aufgewendeten Mühen und Kosten reichlich lohnen.

Bemerkenswert ist übrigens, daß wir nicht nur dann Erfolge erzielen, wenn wir angriffswise vorgehen. Nicht selten kommt es vor, daß der Versuch des Unternehmers, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, damit endet, daß er nicht nur von diesem Versuch abstehen, sondern statt dessen noch über das seither bestehende hinaus Zugeständnisse machen muß. Freilich haben nicht alle Abwehrkämpfe ein solches Ergebnis. In der Regel befindet sich der Unternehmer, wenn er Verschlechterungen durchdringen will, in der günstigeren Position, denn er sucht sich dabei den Zeitpunkt aus, von welchem er annimmt, daß die Arbeiter seinen Plänen, am wenigsten Widerstand entgegensetzen können. Dementsprechend berichtet unsere Streisstatistik auch von eingetretenen Verschlechterungen. So mußten sich 100 Kollegen eine Lohnkürzung von durchschnittlich 2,64 Mr. und 61 Kollegen eine Arbeitszeitverlängerung um durchschnittlich 4,8 Stunden wöchentlich gefallen lassen. In der Mehrzahl der Fälle ist allerdings die angesonnene Verschlechterung ganz oder teilweise abgewehrt worden. Außerdem in der Tabelle erwähnten positiven Erfolgen bei Abwehrbewegungen gelang es noch, für 106 Kollegen eine angekündigte Arbeitszeitverlängerung um durchschnittlich 2,5 Stunden und für 1697 Kollegen eine Lohnkürzung um durchschnittlich 2,54 Mr. pro Woche abzuwehren.

Die Lohnbewegungen des Jahres 1910 haben insgesamt rund 1 1/4 Millionen Mark Kosten verursacht. Auf die einzelnen Gruppen von Bewegungen verteilen sich die Kosten folgendermaßen:

Angriffsstöße	898 240 Mr.
Abwehrstöße	104 829 "
Aussperrungen	235 609 "
Bewegungen ohne Streit	6 902 "

Insgesamt 1 245 080 Mr.

Diese Summe ist, wenn man die Zahl der Beteiligten in Betracht zieht, gegenüber den beiden leichtverflossenen Jahren ziemlich niedrig. Im Jahre 1909 betrugen die Kosten bei 32 494 Beteiligten 840 626 Mr. und 1908 bei 37 348 Beteiligten 423 075 Mr. Die verhältnismäßige "Billigkeit", mit welcher die Erfolge des Jahres 1910 errungen wurden, erklärt sich daraus, daß das Gros der Beteiligten auf Lohnbewegungen ohne Streit entfällt, die insgesamt nur eine Ausgabe von 6902 Mr. verursacht haben. Von den verhältnismäßig großen Kosten, welche die Aussperrungen verursachten, entfällt der Löwenanteil auf die Aussperrung auf den Seeschiffsmärkten.

Die umfangreiche Lohnbewegung des verflossenen Jahres hat auch die Ausdehnung der Tarifverträge gefördert, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich:

Gestand am	1. Januar 1910	498 Tarife für 11251 Betr. u. 92260 Pers.
1910 erlebt	181	6322 " 53019 "
bleibt Gestand	312	492 Tarife für 4929 Betr. u. 39241 Pers.
Im Jahre 1910 neu	307	6868 " 74861 "
abgeschlossen		

Gestand am 31. Dezember 1910 679 Tarife für 11797 Betr. u. 118602 Pers.

Wenn man diese Zusammenstellung näher betrachtet, dann ergibt sich die eigentümliche Erscheinung, daß das Geltungsbereich des einzelnen Vertrages gegenüber dem

Vorjahr zurückgegangen ist. Während zu Beginn des Jahres ein Tarif durchschnittlich 22,8 Betriebe und 187,1 Personen umfaßte, kamen am Jahresende nur durchschnittlich 17,8 Betriebe und 167,8 Personen auf einen Tarif. Das findet seine Erklärung darin, daß sich hauptsächlich die Zahl der mit einer einzelnen Firma abgeschlossenen Tarifverträge gesteigert hat.

Wir haben vorstehend einen kurzen Auszug aus der umfangreichen Streisstatistik unseres Verbandes gegeben. Er genügt aber, um erkennen zu lassen, daß auch das verflossene Jahr reichlich ausgenutzt wurde, um für die Kollegen bessere Arbeitsbedingungen zu erlämpfen. Dieser steht kaum um Arbeitszeitverkürzung, um Lohn erhöhung oder um die Erringung sonstiger Vorteile und die Beseitigung von Mißständen ist, unbedenklich seiner reichen Tätigkeit auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem der Unterstützungen, die wichtigste Aufgabe des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Ihr hat sich unsere Organisation von jeher mit Eifer und Unschuld gewidmet, und den auf diesem Gebiete erzielten Erfolgen ist hauptsächlich die wachsende Ausbreitung des Verbandes zu danken, die es ihm wiederum erleichtert, von Erfolg zu Erfolg zu schreiten. Bei den Errungenschaften des verflossenen Jahres ist das bedeutsamste der Umstand, daß es einer so großen Zahl von Kollegen gelungen ist, bedeutende Zugeständnisse ohne Kampf zu erzielen. Von diesen Lohnbewegungen ohne Streit betrifft ein sehr erheblicher Teil die Orte, die an den zentralen Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverbund beteiligt waren. Derartige Verhandlungen haben ja auch in diesem Jahre stattgefunden, und in den nächsten Jahren steht wiederum je eine Gruppe von Städten vor der Erneuerung des Vertragsabschlusses.

Ob diese Verhandlungen immer zu einer friedlichen Verständigung führen, läßt sich nicht voraussagen. Es deuten im Gegenteil manche Momente darauf hin, daß innerhalb des Arbeitgeberverbundes mächtige Kräfte am Werke sind, die einer friedlichen Verständigung widerstreben. Wir dürfen also aus den wiederholten zentralen Verhandlungen nicht den Schluss ziehen, daß wir uns nun mit Misserfolgen der Zeit nähern, in der gewöhnliche Differenzen nur noch auf dem Wege friedlicher Verständigung gelöst werden. Die immerhin recht beträchtliche Zahl von Streits, die im Jahre 1910 geführt werden mußten, und die teilweise sehr umfangreichen Kämpfe, die gegenwärtig wieder schwelen, sind eine Warnung, dem Traume von dem Herannahen einer Zeit des ewigen gewerblichen Friedens Koncessions zu machen. Auch wir halten eine friedliche Verständigung über die Arbeitsbedingungen für wünschenswert. Die Erfahrung lehrt aber, daß wir ein solch friedliches Abkommen nur erreichen können, wenn wir kampfgerüstet und kriegsbereit den Unternehmern gegenüberstehen. An uns ist es, aus diesem Erfahrungsschatz die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Bei einer Betrachtung des Ergebnisses der monatlichen Arbeitslosenzählungen, die der Deutsche Holzarbeiterverband veröffentlicht, wird der Anschein erweckt, als müsse nach der um die Mitte des Jahres 1909 eingetretene Verbesserung wiederum ein Absinken der Konjunktur fortgestatt werden. Nach dieser Statistik beträgt nämlich auf je 100 Mitglieder die Zahl der Arbeitslosen im Monat Februar: 1908: 4,80, 1909: 5,67, 1910: 2,72, 1911: 3,13. Nun sind zwar zur Beurteilung der Geschäftslage in der Holzindustrie die Arbeitslosenzählungen des Verbandes ein sehr wichtiges Hilfsmittel, aber nicht das einzige. Man wird noch verschiedene andere Momente in Betracht ziehen müssen, wenn man sich von den immerhin nicht ganz einfachen Verhältnissen ein guttressendes Bild machen will.

Eine recht nützliche Ergänzung finden die Arbeitslosenzählungen des Verbandes in den Monatsberichten der Arbeitsnachweise, die regelmäßig an das Reichsarbeitsblatt geliefert werden. Diese Berichterstattung leidet zwar an nicht zu verkennenden Mängeln; insbesondere sind ihr bei weitem nicht alle Arbeitsnachweise angeschlossen. Aber da es in der Hauptsache die gleichen Arbeitsnachweise sind, die ihre Berichte regelmäßig einsenden, so gestattet doch ein Vergleich der Resultate einen Rückschluß auf die bestehenden Verhältnisse. Diese Arbeitsnachweistatistik läßt nun für den Monat Februar eine deutliche Besserung erkennen. Nicht nur gegenüber den vorausgegangenen Monaten, sondern auch im Vergleich zu den Zahlen für den Monat Februar der leichtverflossenen Jahre. Es betrug der Andrang der

Arbeitslosen auf je 100 offene Stellen im Monat Februar 1908: 265,7, 1909: 413,5, 1910: 234,9, 1911: 200,7. Die Unstimmigkeit, die zwischen den vom Verband festgestellten Bahnengruppen und der Statistik der Arbeitsnachweise besteht, findet ihre Erklärung, zu einem Teil wenigstens, darin, daß die Angaben der Arbeitsnachweise sich auf den ganzen Monat beziehen, während der Verband sich darauf beschränkt, die Zahl der Arbeitslosen am Monatsende festzustellen. Dazwischen der aus der Arbeitslosenzählung des Verbandes sich ergebende Schluß, wonach eine Verschlechterung der Wirtschaftslage eingetreten sei, nicht ohne weiteres zutreffend ist, geht auch aus einigen anderen Momenten hervor.

Die Verbesserung des Arbeitsmarktes ist hauptsächlich auf eine Steigerung der Nachfrage zurückzuführen. Eine Verminderung des Angebots von Arbeitskräften ist zwar gegenüber dem Monat Januar nicht über gegenüber dem Februar 1910 zu konstatieren. Wenn man vom Monat Januar 1910 ausgeht und die dort ermittelten Bahnen gleich 100 setzt, so betrug das Angebot von Arbeitskräften im Februar 1910: 97,51, Januar 1911: 118,93, Februar 1911: 110,85. Dagegen stieg die Zahl der offenen Stellen im Februar 1910 auf 130,52, Januar 1911 auf 148,78 und Februar 1911 auf 178,81. Von den einzelnen Provinzen und Landesteilen war die Lage des Arbeitsmarktes am ungünstigsten in Schlesien, wo auf 100 offene Stellen 74,5 Arbeitsuchende kamen, am ungünstigsten in Elsaß-Lothringen, wo für je 100 offene Stellen 874,5 Bewerber vorhanden waren, während der Reichsdurchschnitt wie erwähnt 200,7 betrug. Hierbei ist es jedoch nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß mehr noch wie die Gesamtzahlen für das Reich diese Einzelzahlen mit Vorsicht genommen werden müssen. Es handelt sich eben immer nur um die berichtenden Arbeitsnachweise. Da die Arbeitsvermittlung nicht in allen Teilen des Reiches in gleicher Weise ausgebildet ist, kann ein mechanischer Vergleich der Zahlen aus den einzelnen Provinzen leicht zu falschen Schlüssen führen. —

Nach den Neuinvestierungen zu urteilen, ist die Unternehmungslust in der Holzindustrie im Monat Februar nicht besonders rege gewesen. Betrachtet man jedoch die Monate Januar und Februar zusammen, so halten sie sich mit 1344 000 Mf., die neu investiert wurden, auf normaler Höhe. Von diesem Betrag entfällt 1 059 000 Mf. auf Neugründungen und 285 000 Mf. auf Kapitalerhöhung bestehender Gesellschaften. Bei den Neugründungen handelt es sich durchweg um Gesellschaften mit beschränkter Haftung, von denen 11 im Januar und 7 im Februar gegründet wurden. Die bedeutendste Gründung aus dem Monat Februar ist die Firma Poensgen, Scheibler u. Co. in Gemünd (Eifel), die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Holzwaren, Feuerwehrgeräten und aller in diese Branche fallenden Artikel beschäftigen will. Das Stammkapital beträgt 185 000 Mf. Die Firma Diedrichs u. Knoche in Wiedenbrück, Stammkapital 38 000 Mf., beschäftigt sich mit der Herstellung von Möbeln und Küchenmöbeln. Das Stammkapital der Firma Zimmerei und Dampfjägerwerk Beckerhagen beträgt 23 000 Mf. Bei der Firma Klapproth u. Hoppe, Holzbearbeitungsfabrik in Berlin, handelt es sich um die Fortführung eines bestehenden Unternehmens. Das Stammkapital beträgt hier, wie bei den nachbenannten Gründungen: Schlesische Schuhleistenfabrik und Holz en gros in Breslau, Böhler Möbelfabrik in Böhmen und Holzbearbeitungsfabrik Mariendorf je 20 000 Mf. Das Stammkapital erhöht hat die Aktiengesellschaft für Birkenindustrie, vormals R. & H. Roegner in Striegau in Schlesien und D. J. Dufas in Freiburg i. B. sowie die Firma Berliner Parkett- und Stabfußbodenfabrik Bodmeier in Berlin. Erwähnenswert ist die Firma erhöhte ihr Stammkapital um 250 000 Mf. auf 2 000 000 Mf., leichter um 15 000 Mf. auf 120 000 Mf. —

Die Holzeinfuhr weist gegenüber dem Vorjahr eine nicht unbeträchtliche Steigerung auf. In den Monaten Januar und Februar wurden zusammen 7 180 509 Doppelzentner im Werte von 35 754 000 Mf. eingeführt, gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahrs bedeutet das eine Zunahme um 5,47 bzw. 5,27 Proz. Unter den eingeschafften Holzarten steht Nadelholz mit 5 418 306 Doppelzentner an erster Stelle, das ist noch 150 500 Doppelzentner mehr als im Vorjahr. Eine bedeutende Steigerung, von 232 883 auf 484 653 Doppelzentner, weist auch die Einfuhr von Buchenholz auf; bei Eiche stieg die Einfuhr von 308 810 auf 313 697 Doppelzentner, bei Fagusbaum von 41 601 auf 69 613 Doppelzentner. Anderseits ging die Einfuhr von weichen Laubholzern zurück von 391 059 auf 251 514 Doppelzentner; von Zederholz von 49 614 auf 32 627 Doppelzentner und von anderen exotischen Hölzern von 133 579 auf 83 849 Doppelzentner. Die Ausfuhr von Holzwaren betrug in den beiden ersten Monaten des Jahres 103 172 Doppelzentner gegen 98 042 Doppelzentner im Vorjahr. Der Wert der Ausfuhr stieg von 7 682 030 Mf. auf 8 611 000 Mf., also eine Steigerung der Menge um 5,23, des Wertes um 12,39 Proz. Dazu kommen noch Besen, Bürsten, Pinsel und Siebwaren. In diesen Waren stieg in der gleichen Zeit die Ausfuhr von 4220 Doppelzentner im Werte von 1 667 000 Mf. auf 5054 Doppelzentner im Werte von 1 807 000 Mf. —

Im Monat Februar haben vier Aktiengesellschaften des Holzgewerbes ihren Jahresabschluß veröffentlicht. Diese Gesellschaften verfügen zusammen über ein Aktienkapital von 3 650 000 Mf., wovon sie, wie im Vorjahr, durchschnittlich 7,6 Proz. Dividende verteilt. Im einzelnen ist hier zu nennen: Schneide u. Hanau, A.-G., in Frankfurt a. M. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 1 200 000 Mf., wozu 911 000 Mf. Hypotheken

und 185 000 Mf. Reserven kommen. Der Gewinn betrug nach 22 220 Mf. (im Vorjahr 22 225 Mf.) Abschreibungen 90 101 (110 735) Mf. Hiervon wurden 52 000 (52 000) Mf. verteilt, und zwar auf 200 000 Mf. Vorzugsaktien 6 Proz. auf 1 000 000 Mf. Stammaktien 4 Proz. — F. C. H. u. Wolff, A.-G. in Habelschwerdt, hat ein Aktienkapital von 800 000 Mf., 152 000 Mf. Hypotheken und 119 000 Mf. Reserven. Nach 44 064 (40 421) Mf. Abschreibungen blieb 79 007 (60 820) Mf. Gehalin, wovon 48 000 (48 000) Mf. oder 8 (8) Proz. Dividende verteilt wurde. — Bei der Barth & Witte u. Möbelfabrik in Barth beträgt das Aktienkapital 100 000 Mf., Obligationen 41 000 Mf., Hypotheken 25 000 Mf., Reserven 8000 Mf. Abgeschrieben wurden 4780 (4447) Mf. Es bleibt ein Gewinn von 8400 (8268) Mf., wovon 2000 (2000) Mf. oder 2 (2) Proz. Dividende verteilt wurde. — A. Brüning u. Sohn, A.-G. in Langendiebach, haben 1 750 000 Mf. Aktienkapital, 268 000 Mf. Hypotheken und 474 000 Mf. Reserven. Die Abschreibungen betragen 81 008 (86 934) Mf., der Gewinn 825 405 (881 788) Mf. Hiervon wurde 175 000 (175 000) Mf. oder 10 (10) Proz. Dividende verteilt. —

Unfall- und Erkrankungsgefahren in der Schiffbauindustrie.

h. Es sind jetzt nahezu fünf Jahre her, seit der in Berlin stattgefundenen Schuhungskongress für alle in der Schiffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter versucht hat, die Aufmerksamkeit der Reichsbehörden und sonstigen gesetzgebenden Körperschaften auf die Mißstände zu richten, unter denen die in genannten Industriezweigen beschäftigten Arbeiter recht schwer zu leiden haben. Der Kongress hatte nach Entgegennahme verschiedener Referate den von den einzelnen Referenten vorgelegten Resolutionen zugesagt. So auch nachstehender Resolution, deren Vorbedingungen in einem vom Genossen Wissell über "Unfall- und Erkrankungsgefahren in der deutschen Schiffbauindustrie" gehaltenen Referat gipfelten.

Der Kongress lenkt die Aufmerksamkeit der Reichsbehörden auf die außerordentlich hohen Unfall- und Erkrankungsgefahren in der Schiffbauindustrie, die durch die dort herrschende Arbeitsweise verursacht werden. Der Kongress erwartet, daß die Behörden es den Gewerbeaufsichtsbeamten dringend zur Pflicht machen, ihre besondere Aufmerksamkeit diesen Betrieben (einschließlich der Reichs- und Staatsbetriebe) zuzuwenden.

Besonders sind die Aufsichtsbeamten anzusehen, den durch die Arbeit mit den immer mehr zur Anwendung kommenden pneumatischen Werkzeugen bewirkten Gesundheitsschädigungen Beachtung zu schenken und in ihren Vertraten die gemachten Erfahrungen respektive Mittel zur Abwendung dieser Schädigungen mitzuteilen.

Weiter weist der Kongress eindringlich darauf hin, daß die an sich schon große Unfallsgefahr noch verstärkt wird durch die in vielen Betrieben herrschende herauslange Arbeitszeit, eine Unfälle, die dann noch bei jeder Gelegenheit durch Überstunden-, Nacht- oder Sonntagsarbeit verschärft wird. Auch das durch die Ablösearbeit herborgerufene Halten und Fagen ist in sehr vielen Fällen schuld an der Häufigkeit und Schwere der Unfälle, da die Arbeiter oft dadurch geradezu gezwungen werden, jede Schutzmaßnahme außer Acht zu lassen.

Da aber die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen eine ausreichende Beaufsichtigung der Betriebe nicht zur Folge gehabt haben, fordert der Kongress die Regierung auf, so schnell wie möglich dem Bundesrat und dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin ausreichende Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der in Schiffsbaubetrieben beschäftigten Arbeiter enthalten sind. In diesem Gesetzentwurf müssen unter anderem Bestimmungen enthalten sein, wonach:

1. Die Arbeiter berechtigt sind, aus ihren Reihen Kontrolleure zu bestellen, die den Auftrag haben, Gerüste, Stellagen, Arbeitsmittel und Werkzeuge vor der Benutzung auf ihre Sicherheit zu prüfen und die sanitären und hygienischen Einrichtungen (Ventilation, Beleuchtung gefährlicher Stellen usw.) auf genügende Beschaffenheit und Menge zu untersuchen; ferner die Gefahrlosigkeit, den Beginn oder die Fortführung der Arbeit zu verhindern, solange die genannten Einrichtungen nicht in genügendem Maße vorhanden oder im Verlauf der Arbeit sonst unbrauchbar geworden sind, daß sie nicht genügenden Schutz vor Unfall- oder Erkrankungsgefahr bieten;

2. Vorschriften zur Verkürzung der Arbeitszeit sowie zur Einschränkung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit zu erlassen sind;

3. Gefährliche Arbeiten ausschließlich in Zeitlohn auszuführen sind.

Zur Durchführung dieser Bestimmungen bedarf es aber nicht nur der eifrigen Hilfe der in Frage kommenden Arbeiter, sondern es ist auch notwendig, daß diese sich mehr als bisher der Tatsache bewußt werden, daß nur dann eine Besserung ihrer Lage eintritt kann, wenn sie sich in ihrer Gesamtheit den zuständigen Gewerkschaften anschließen.

Den in den Schiffsbaubetrieben vertretenen Gewerkschaften ist die Aufgabe zuzuweisen, über die Unfälle und die Berufskrankheiten der Arbeiter ihrer Branche fortlaufend Statistik zu führen.

Bei der Annahme der Resolution ist es bis heute geblieben, geschah es nicht. Selbst die unter Absatz 1 u. 2 geforderte Anweisung an die Gewerbeaufsichtsbeamten durfte kaum ergangen sein, da in der Art der Revidierung der Werftbetriebe keine Veränderung vor sich gegangen ist. Es bleibt demzufolge nichts weiter übrig, als daß die in Frage kommenden Arbeiter sich mit Hilfe ihrer Organisationen selber rüsten, und zwar ruhren zunächst nach der Richtung, welche ihnen der letzte Absatz der Berliner Kongressresolution angezeigt. Eine Kritik vorhandener Mißstände gestaltet sich nur dann wirkungsvoll und eröffnet Aussicht auf Erfolg, wenn sie sich zugleich auf unanfechtbares Material stützt. Es

kann daher den in Schiffsbaubetrieben vertretenen Gewerkschaften, besonders den Leitungen unserer Organisation in den Werftorten nicht dringend genug nahegelegt werden, auf die Zusammentragung des Materials immerwährend bedacht zu sein. Die in unserer Organisation eingeschlossene Krankenunterstützung, und die damit verbundene Meldung der Mitglieder bei Eintritt der Krankheit ermöglicht leicht die entsprechenden Feststellungen. Aber geht immer noch ein Teil des Materials infolge Nichtmeldung der ausgesteuerten oder noch nicht unterstübungsberechtigten Kranken Mitglieder verloren. Auch stellen die Unorganisierten einen kleineren Prozentstab der Kranken und Unfallverletzten, von denen die Angaben nicht immer in der gewünschten Weise zu erhalten sind. Zu berücksichtigen bleibt ferner noch, daß die Holzarbeit langsam aus dem Schiffbau verdrängt wird, und daß demzufolge die statistischen Feststellungen seitens unserer Organisation sich nur auf 12 bis 15 Proz. der beschäftigten Arbeiter beziehen können.

Von den Holzarbeitern bildet die Berufsgruppe der Schiffszimmerer den Teil, der am meisten mit Unfällen und Erkrankungen zu rechnen hat. Aber auch die Tischler sind teineswegs hierbei ausgenommen. Wenn auch bei Neubauten, soweit dieselben für den Passagierverkehr bestimmt sind, die Tischler erst an Bord kommen, wenn die in Eisen beschäftigten Handwerker herunter sind, so bleibt doch für sie die gleiche gefährliche und gesundheitsgefährdende Arbeit bei Reparaturarbeiten und bei den Dampfern für den Frachtverkehr. Auch ist es durchaus keine Seltenheit, daß die Tischler zu anderen großen und schwierigen Arbeiten herangezogen werden.

Zum nachstehenden bringen wir einige Bahnen über Art und Anzahl der Unfälle und Erkrankungen unter den Werftkollegen, und zwar aus einer Zahlstelle unseres Verbandes, in der circa 80 Proz. der ihr angehörenden Mitglieder auf Werften beschäftigt sind.

1908 1909 1910

	Azahl der Krankheitsfälle insgesamt	215	204	288
Davon auf den Werften Beschäftigte	181	182	189	
Auf die Werften entfallen somit Proz.	75	65	60	

Die Abnahme der Erkrankungen mag im ersten Augenblick auffällig erscheinen, jedoch bleibt hierbei zu berücksichtigen, daß die Prozentziffer der auf Werften beschäftigten Mitglieder in den letzten zwei Jahren infolge der Krise teilweise bis unter 50 Proz. heruntergegangen. Unter gleicher Beachtung des bereits bezüglich der Unorganisierten und der Nichtmeldung erkrankter Mitglieder festgestellten 75 Proz. die andauernde Durchschnittsziffer bilden nach Arten gefallene die Krankheiten wie folgt:

1908 1909 1910

Unfälle	31	43	42
Luftigenkrankheiten	28	10	22
Reumatismus	15	12	21
Erläuterung	25	16	22
Sonstige Krankheiten	82	45	32

Wiederkehrend an vorstehender Zusammenstellung die Steigerung der Unfälle. Deren Anteil an den Erkrankungen stieg von 19,2 Proz. im Jahre 1908 auf 22,5 Proz. im Jahre 1909 und 23,1 Proz. im Jahre 1910. Die Steigerung der Unfälle ist ein Beweis dafür, wie die Werften bemüht gewesen sind, durch erhöhte Anstrengung die im Jahre 1907 gewährte Lohnherhöhung wieder herauszuholen. Neben den Unfällen tonnen die Erkrankungen der Atmungsorgane sehr wesentlich in Betracht. Unter sonstigen Krankheiten befindet sich eine Anzahl von solchen, die auf einem früher erleitten Unfall zurückzuführen sind, auch sind die Herzkrankheiten und aus Nervosität entstandene darunter zu rechnen.

Im allgemeinen dürfte durch bestehende Bahnen bewiesen sein, daß der Schiffbau zu jenen Industriezweigen gehört, die eine besonders hohe Anzahl von Erkrankten und Unfallsverletzten hervorbringen. Unsere Kollegen im Innernlande, soweit sie nicht schon im Werftbetrieb beschäftigt waren, können sich schwerlich einen Begriff von den dort üblichen Arbeitsmethoden machen. Der größte Teil der Arbeiter muß, namentlich von den Schiffszimmerern, im Freien verfügt werden. Dadurch sind die Arbeiter Rheumatismus und häufige Erkrankungensträger und die Folge hiervon. Auch lassen die hygienischen Verhältnisse der Werftstätten oft alles zu wünschen übrig. Um die im Freien Arbeitenden vor Regen zu schützen, sind einige Werften neuerdings dazu übergegangen, das Eisengerüst, welches auf den meisten Werften die Hölle überspannt, zu überdachen. Wenn auch diese Überdachung keinen völligen Schutz gegen den meist seitwärts einschlagenden Regen bietet, so muß sie doch als eine Besserung betrachtet und ihre Herstellung auf allen Werften gefordert werden. Die Zugluft könnte ebenfalls durch wechselseitige Bespannung der seitlichen Gerüste wesentlich abgeholt werden. Auch wäre im Interesse der Erkrankten nur zu wünschen, daß die in Werftbetrieben allgemein bestehenden Betriebsstraßen infolge ihrer belasteten Nachteile eine baldige gesetzliche Beseitigung erfahren würden. Das "Gesundheitscheck" herrscht in besonderer Weise vor, namentlich wenn wegen öfterer Erkrankung eines Arbeiters dessen Entlassung erfolgen soll. Die Unfallsgefahren werden durch das System der Kolonnen- und Ablösearbeit wesentlich erhöht.

Eine räumliche oder handliche Begrenzung herrscht bei Ausübung der einzelnen Berufstätigkeiten nicht vor. Alles arbeitet über und durchmischer. Eine große Schar von Bootarbeitern, Meistern und Angestellten ist ständig bemüht, die einzelnen Arbeitssolitären zu höherer Intensität anzuheben. Wenn daneben auch noch die Arbeiter das natürliche Bestreben haben, trotz der so niedrig berechneten Ablöde etwas zu verdienen, so ist sicher die Möglichkeit der Unfälle im vermehrten Maße gegeben. Die meisten Unfälle entstehen dann auch durch Herabstürzen. Knöchelbrüche und zerschmetterte Gliedmaßen bilden im günstigen Falle die Folge des Sturzes, oft tritt auch durch Gehirnerschütterung oder Schädelbruch der sofortige Tod ein. Die Folgen des Sturzes sind in der Regel deshalb so schwer, weil der Herabstürzende nicht auf die weiche Erde oder auf den platten Schiffsboden fällt, sondern meist auf die Haufen der herumliegenden scharfsäntigen Eisenstücke aufschlägt. Neben dem Herabstürzen werden viele Unfälle, namentlich Kopfverletzungen, durch herabfallende Werkzeuge oder sonstige Eisenstücke hervorgerufen. Über auch Fingerverletzungen und

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Altensteig, Aunnen i. Westf. (Reichswald), Cassel (Ebens u. Pister), Danzig (Willendorf), Darmstadt (Glasereibetriebe), Diepholz, Düren, Elsfleth, Erlangen (Dachauer u. Goldstädter), Eintrachtswalde (Weise), Forst i. Lausitz, Fürth i. Bayern, Gevelsberg (Möbelfabrik Marlana), Hamburg, Hennigsdorf in der Mark, Holzgerlingen, Haspe (Heinrich Garthe), Kelheim i. Taunus, Leer in Ostfriesland (Schumacher), Lügde, Lütgendortmund (Ehmann), Neu-Jesenburg (Wittich), Ohrdruf, Osnabrück, Memmingen, Nadel, Prechtlau, Mothenburg o. d. T. (Unbehauen), Schneidemühl, Stettin (Wunderlich und Schild), Sulzlin, Weinheim (Schaab und Bosch u. Co.), Weilheim, Bühl (Lugusmühlefabrik Werdermann), Wogen i. Tirol, Villingen, Donau (Möbel-fabrik Müller), Zugern und Bürich in der Schweiz, Dänemark.

Möbelfischlern nach Chemnitz, Essen-Draht (West-deutsches Eisenwerk), Bürich (Schneller).

Kammachern nach Lauterberg (Wuchholz u. Co.).

Korbmachern nach Carbotha, Raddisch bei Cossen a. Oder, Zeitz, Gesslingborg in Schweden.

Knopfmachern nach Frankenhausen.

Stellmachern und Wagenbauern nach Hagen i. Westf. (Waggonfabrik).

Stöcklern nach Wald i. Rhein. (Karl Breithaupt).

Parkeitegern nach Dresden (Heine).

Wurstmachern nach Neu-Muppin.

Drechsler und Polsterern nach Büllighau (Werdermann).

Stuhlmachern nach Rabenau, Weinheim (Bosch u. Co.).

Leitermachern nach Schönwalde i. d. M.

Quetschungen sind äußerst zahlreich. Das ganze System, die ganze Arbeitsmethode ist nachgerade zu Unfällen angetan.

Angesichts dessen erscheint es angemessen, die Frage aufzuwerfen, wie denn nun den Unfalls- und Erkrankungs-fällen der Werkarbeiter vorbeugeut werden kann. Da muß gefordert werden: Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit und Abholung angemessener Stundenlöhnne. Die Organisationen der Arbeiter müssen als gleichberechtigt anerkannt und ihnen ein Willbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage von Tarifverträgen eingeräumt werden. Unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses sind besondere Vorschriften zur Verhütung von Unfällen, wie in bezug auf die Gestaltung der gesamten sanitären und hygienischen Verhältnisse zu erlassen. Vor allem aber auch müssen die Werkarbeiter, so auch die auf Werkstätten beschäftigten Holzarbeiter erkennen, daß nur durch Augenwirksamkeit aller Arbeiter zu den gewerkschaftlichen Organisationen den Forderungen der notwendige Nachdruck und die Anerkennung verschafft werden kann.

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Die kommenden Reichstagswahlen werfen bereits ihre Schatten voraus. Man merkt es den Diskussionen im deutschen Reichsparlament an, wie unangenehm es den Vertretern der schlot- und Krautjunkerlichen Interessen ist, daß sie sich in absehbarer Zeit dem Volksgericht stellen müssen. Gwar ist heute noch kein Termin für die Neuwahlen offiziell bekannt gegeben und scheint es durchaus nicht unglaublich, daß man dieses unvermeidliche Ereignis soweit wie möglich hinausschieben möchte. Die Nachwahlen der letzten Jahre haben den Blockbrüdern eine deutliche Sprache geredet. Man rechnet nun mit der Vergleichlichkeit des lieben Wählerpublismus, das schließlich doch einmal die Sünden der Reichstagsmehrheit vergessen werde, und hofft mit der konservativen Presse: „Kommt Zeit, kommt Rat!“

Freilich gekommen ist ihnen dieser Rat seither noch nicht, im Gegenteil, der Appell der Sozialdemokraten an das Volk hat die Erinnerung an das arbeitschädigende Treiben bürgerlicher Vertreter immer wieder aufgefrischt, dazu wirkten die Schädigungen der Reichsfinanzreform in den Volksmassen zu lebhaft fort, um ein schnelles Vergessen zuzulassen. Es mag darum wohl manchem der Abgeordneten um sein Mandat bangen, zumal auch beim Zentrum, das schon so viele Sünden gegen die Arbeiterinteressen auf dem Herzen hat.

Darauf ist es wohl mit zurückzuführen, daß der Deutsche Reichstag eine der krassensten Benachteiligungen wieder gut mache, ehe er in die Osterferien ging. Deutlich hatte die Reichsregierung ihre „Sparsamkeit“ damit bewiesen, daß sie bei Aufstellung des neuen Etats den Feuer- und Maschinisten der Marine eine bisher gewährte „Zulage“ von täglich 20 Pf. strich, während den Flotten-gefechten eine solche von 60 M. pro Tag verblieb. Der Reichs-

tag hat in zweiter Lesung einen sozialdemokratischen Antrag auf Biedereinstellung jener 20 Pf. abgelehnt und den Abzug lediglich auf 10 Pf. gemildert. Gener "Heizer-groschen" zeigte so recht das wahre Gesicht der bürgerlichen Arbeiterfreunde. Jetzt endlich bei der dritten Lesung des Etats gelang es, einen Antrag der Sozialdemokraten und der Volkspartei zur Annahme zu bringen, wonach die Feuer- und Maschinisten die Zulage von 20 Pf. behalten. Vom Zentrum halten sich jetzt 20 Abgeordnete für den sozialdemokratischen Antrag gefunden, während die Mehrheit der Fraktion dagegen war. Charakteristisch ist, daß aber auch diesmal der bekannte Herr Graberger, einer der jüngsten und am meisten redenden Mitglieder der Zentrumsfaktion, sich entschieden gegen die Heizerzulage wandte. Es ist die alte Taktik: arbeiterfreundlich in Worten aber es darf nichts kosten.

Auch bei einer anderen Gelegenheit sollte sich diese „Arbeiterfreundlichkeit“ noch zeigen. Die Sozialdemokraten hatten zum Etat des Reichsfinanzamtes beantragt, den infolge der Reichsfinanzreform arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern, deren Unterstützung bekanntlich längst abgelaufen ist, noch 1 Million Mark und für die aus dem gleichen Anlaß schwer geschädigten Bündholzarbeiter 400 000 M. zu bewilligen. Trotzdem diese letztere Unterstützung früher vom Reichstage in Aussicht gestellt worden war, fand sich keine Mehrheit für den Antrag und wurde lediglich eine Resolution der Nationalliberalen angenommen, welche die Regierung um Vorlage eines Nachtrags-estats ersucht, um die Unterstützung der Tabakarbeiter bis zum August 1911 zu verlängern.

Einen großen Tag brachte die Abrüstungsfrage, die beim Etat der Reichsflanzei angeschnitten wurde. Hier blieb es naturgemäß den Vertretern der internationalen Arbeiterbewegung vorbehalten, die Idee des Weltfriedens energisch zu vertreten. Der gegenwärtige Zustand mit den ständig steigenden Rüstungen, die eine Steuerschraube ohne Ende bedingen, opfert die besten Kräfte des Volkes dem Moloch Militarismus. Zu nützlichen Kulturaufgaben aber fehlt das Geld. Das sieht man hier und da auch im bürgerlichen Lager ein, aber man befähigt es bei einer platonischen Liebeserklärung an den Weltfrieden und — rüstet weiter. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag gestellt, der Reichsflanzer möge im Hinblick darauf, daß die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus ihre Bereitwilligkeit zu Rüstungsbefreiungen ausgesprochen haben, Schritte tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebesitzrechts herbeizuführen. Doch selbst dieser besehenden Forderung stehen viele kapitalistische Interessen entgegen, der Geldsack profitiert am Krieg, der Künker hält dadurch seine Position und die Kosten zahlt ja in erster Linie nur das gewöhnliche Volk. So mußte denn der Vertreter der Staatsregierung, des Deutschen Reiches Kanzler Bethmann Hollweg, gut oder böse erklären, daß die Frage der Abrüstung „unlösbar“ sei, daß ihm aber ebenso internationale, die ganze Welt umfassende Schiedsgerichtsverträge unmöglich erscheinen. Der Abrüstungsantrag wurde abgelehnt und blieb es bei einer nichtsagenden volksparteilichen Resolution, welche die Regierung lediglich zu einer eventuellen „Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über eine Begrenzung der Rüstungsausgaben“ verpflichtet. Die herrschende Klasse braucht eben die bewaffnete Macht zu ihrem Schutz, nötigenfalls gegen den inneren Feind.

Einen interessanten Einblick in das ganze Verhältnis zwischen Behörden und Schiffahrtsgeellschaften gewährte eine Beschwerde des Abgeordneten Dr. David, der zwei Fälle anführte, in denen durchreisende österreichische Staatsangehörige von der preußischen Polizei durch zwangsweise Rücktransport von der holländischen an die österreichische Grenze gezwungen werden sollten, Schiffsläden des Norddeutschen Lloyd zu lösen, während sie bereits solche für andere Linien besaßen.

Der Etat des Reichseisenbahnamtes bot dem sozialdemokratischen Vertreter Straßburgs Gelegenheit, die gewerkschaftsfeindlichen Verordnungen der dortigen Eisenbahnverwaltung anzunageln. Diese droht ihren Arbeitern mit sofortiger Entlassung, wenn sie sozialdemokratische oder auch nur freigewerkschaftliche Zeitungen halten. Ein mit Gefängnis bestrafter Vorarbeiter versteigerte sich sogar zu der Neuerzung, daß solche Verätigung der Arbeiter schlimmer gestraft werden müsse als ein Diebstahl. Wenn der zuständige Minister diesen Vergleich schließlich missbilligen müßte, so zeigt dies doch den Geist, der dort die Vorgesetzten beherrscht.

Der Reichstag nahm schließlich den Gesamtetat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an und vertrat sich bis zum 2. Mai.

Gewerkschaften und Genossenschaften. Die Verwaltung der Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Befreiung“ in Elberfeld hat sich im Verein mit dem Gewerkschaftsamt und den Gewerkschaftsleitungen bemüht, eine Statistik über die Zugehörigkeit der Elberfelder Gewerkschaftsmitglieder zur Genossenschaft aufzunehmen. Die erstmalig im Dezember 1909 veranstaltete Erhebung brachte nur eine schwache Beteiligung. Bei der Wiederholung der Aufnahme im Dezember 1910 haben 27 Verbände für 8196 oder 50 Prozent ihrer Mitglieder die Fragebögen ausgefüllt zurückgegeben. Von diesen 8196 Gewerkschaftsmitgliedern sind 348 oder 73 Proz. verheiratet, und von diesen wiederum gehören 1510 oder 68 Proz. der Konsumgenossenschaft „Befreiung“ als Mitglieder an. Von den an der Erhebung beteiligten 863 ledigen Gewerkschaftsmitgliedern sind in 348 Fällen die Eltern Mitglied der Genossenschaft.

Der Vorstand der Konsumgenossenschaft meint in einer Betrachtung des Ergebnisses der Statistik, daß unter den an der Statistik nicht beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern im glänztesten Maße die Genossenschaftsmitglieder im gleichen Verhältnis vertreten wären. Demnach wären noch rund 1650 verheiratete Gewerkschaftsmitglieder, das macht bei durchschnittlich 5 Höfen pro Familie noch 8250 Personen aus den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft für den organisierten Konsum zu gewinnen. Der Verbrauch an Waren aus dem Konsumverein wird pro Person und Tag auf durchschnittlich 40 Pf. geschätzt. Bei entsprechendem Interesse der Gewerkschaften an der Konsumgenossenschaftsbewegung müßte es also möglich sein, den Umlauf der Genossenschaft zu verdoppeln. Lebhaft wie in Elberfeld dürften die Verhältnisse auch wohl in vielen anderen Städten liegen. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Gewerkschaftsmitglieder überall der Konsumgenossenschaftsbewegung eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Konsumvereine haben im Wirtschaftsleben wichtige Funktionen zu erfüllen; sie werden dazu um so leichter imstande sein und der Vorteil, den sie den Konsumen gewähren, wird in um so stärkerem Maße steigen, je größer ihre Mitgliederzahl und je lebhafter deren Interesse für das Gedanken der Organisation ist.

Allgemeiner Krankenkassen-Kongress. Die Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen (Vorsitzender G. St. manowski, Berlin, Engelstr. 16) beruft den VI. Allgemeinen Krankenkassenkongress auf Sonntag, den 80. April 1911, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, in das Hotel „Neue Welt“, Hohenzollernstr. Nr. 108/114, ein. Auf der Tagesordnung steht:

1. Die Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) nach der dritten Lesung der 18. Kommission des Reichstages.
 2. Die Familienversicherung in den Krankenkassen als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheiten.
 3. Praktische Verwaltungsfragen auf dem Gebiet der Krankenversicherung.
- Der Kongressbeitrag beträgt für jeden Kongressteilnehmer 8 M.

Verbandsnachrichten.

Verkündnisse des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsmäßig die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Totalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbetrag ab 1. April beträgt in Aalen 65 Pf., Solingen 88 Pf., ab 1. Mai in Soest 70 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszahlnummer ist der 15. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

In Hinblick auf die bevorstehende Entlassung der Ausgelernten erinnern wir hierdurch an die im Vorjahr von uns herausgegebene kleine Schrift „Glück auf! Gesell! Willkommen in englisch an die Ausgelernten.“ Wir empfehlen, dieselbe auch in diesem Jahre allen aus Ostern aus der Lehre entlassenen jungen Kollegen auszufolgen. Nachbestellungen zu diesem Zweck erbitten wir umgehend an unsere Adresse.

Allen Ausgelernten empfehlen wir, spätestens vier Wochen nach beendeter Lehrzeit ihre Aufnahme in den Deutschen Holzarbeiterverband vollziehen zu lassen, damit ihnen die für diesen Fall im Statut vorgesehenen Vergünstigungen zuteil werden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren geschieden und werden hiermit für ungültig erklärt:

190581 Hermann Otto, Tischler, geb. 8. 2. 81 zu Krampf, 218785 August Loew, Tischler, geb. 1. 9. 77 zu Wolfshafen, 281273 Georg Seil, Tischler, geb. 1. 8. 75 zu Mannheim, 294612 Max Bellner, Parlettleger, geb. 7. 8. 79 zu Mittau, 348103 Georg Weiß, Tischler, geb. 10. 8. 88 zu Storheim, 488334 Karl Schreiber, Stellmacher, geb. 30. 5. 92 zu Osterode a. S., 459282 Paul Richter, Tischler, geb. 20. 8. 89 zu Frankenberg, 486055 Alfred Schwebheim, Tischler, geb. 7. 10. 91 zu Hamburg, 559516 Alfred Glöde, Kistenbauer, geb. 12. 8. 77 zu Unterweizbach.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Aus dem Danziger Gau. Man muß es den ostelbischen Hirschenführern lassen, daß sie das Lügen und Verdrehen aus dem ff verstehen. In Nr. 12 der „Eiche“ versucht der Oberhirsch Bödtker aus Stolp, nachdem er die Katsachen wieder einmal auf den Stolpweg gesetzt hat, die Katsachenheit der Leser von Stolp weg nach Thorn zu lenken. Der Raum unserer „Holzarbeiterzeitung“ ist uns viel zu kostbar, um Herrn Bödtker auf seinen Reitourlutschaften zu folgen. Wir glauben es nur zu gern, daß es den Hirschen ob ihres schändlichen Beifragens und ihres angeblichen Erfolges in Stolp etwas unheimlich zu Mute wird. Bevor wir Herrn Bödtker nach Thorn folgen, wollen wir kurz in Boppot hinfahren, da es so schön auf der Tour liegt und der „Eiche“ in Nr. 9 Gelegenheit gab, ihre Galle über mich zu versprühen, weil ich in Boppot zu Beginn des vorigen Jahres einen Hungertarif abgeschlossen haben sollte. Taktische Gründe hindern mich, näher auf den Verlauf der Boppoter Lohnbewegung einzugehen. Darauf darf aber hingewiesen werden, daß die Boppoter Bewegung unter besonders eigenartigen Verhältnissen stattgefunden hat. In Boppot bestand seit dem Jahre 1908 kein Vertragsverhältnis, bekanntlich halten die Arbeitgeber den Leipziger Schiedsgericht abgelehnt. Der Geschäftsgang war jahrelang ein außerordentlich ungünstiger in Boppot gewesen. Eine feste Grundlage auf Grund deren verhandelt werden konnte, bestand nicht, wenn es uns trotzdem gelang, für Boppot fast dieselben vertraglichen Bedingungen zu erzielen, wie in Danzig, so sollte dies

gerade auch von den Tischlermeistern überlässt werden. Bezeichneter doch die Fachzeitung der Tischlermeister selbst den Erfolg der Lohnbewegung für die Boppoer Tischlermeister als „Dogen der Unbotmäßigkeit“. Nun soll der Boppoer Tarif zum Verhängen sein. Nur durch ein Verschönen des Deuders ist im gedruckten Boppoer Tarif der Sab, dat am 15. Februar 1911 auf die bestehende Preise ein Aufschlag von 3 Proz. erfolgt, fortgeblieben. Es dürfte aber wohl darüber kein Zweifel bestehen, daß nicht das gedruckte Exemplar des Vertrages maßgebend ist, sondern daß durch Unterschrift anerkannt wurde. Mit welcher Leichtfertigkeit die „Elche“ von ihren Gewährsmännern aufs Eis geslucht wird, das beweist die Notiz aus Thorn in Nr. 11. Nichts scheint dem Blatt zu dummkopf zu sein, um mit eins anzuhängen. Die Konsequenz aus dieser Notiz wäre, daß ich bei allen meinen Verhandlungen Proctowski an die Hand nehme und als kleinen Bruder mit herum schleppen müßte. Dafür bedanke ich mich natürlich. Den Thorner Hirschen aber kann ich zu ihrer Verübung verraten, daß ich am 18. Februar in Thorn wegen der Differenzen bei Monstrey war und dazu allerdings Herrn Vorlowksi aussuchte, um mit ihm gemeinsam zu Herrn Monstrey zu gehen. Herr Vorlowksi teilte mir auch seine Ausschauungen an dem gedruckten Tarif mit. Dabei habe ich ihn erklärt, daß es am besten sei eine gemeinsame Sitzung stattzufinden, um Klarheit zu schaffen. Hiermit war es einverstanden. Unsere Kollegen habe ich dann beauftragt, sich mit dem Vorstand des Thorner Gewerbevereins in Verbindung zu setzen, um zunächst untereinander die Sache zu besprechen und eventuell später in Gemeinschaft mit den Gauleitern die Sache zu erledigen. Man sieht, die Sache ist so einfach und korrekt, wie sie nur gedacht werden konnte. Aber während man aus meinem jedenfalls korrekten Verhalten ein Verbrechen zu drehen versucht, verschweigt diese Gesellschaft es, daß Herr Proctowski in Czest bei der Firma Schütz, wo er zwei Mitglieder in der Bautischlerei hatte, allein verhandelt ging, obwohl in der Abteilung für Bautischler 21 Verbandsmitglieder, 10 Polen und 1 Christ beschäftigt waren. Obwohl Herr Proctowski nun keineswegs die Differenz beilegen konnte, rückte er die Frage an die Firma, ob sie noch Bautischler gebrauche, was natürlich bestätigt wurde. Herr Proctowski sandte dann trotz der Differenzen Gesellen nach Czest und unterschrieb dies erst, als der Werkmeister den Vertrauensmann der Hirsche darauf aufmerksam machte, daß für die vorhandenen Gesellen schon keine Arbeit mehr vorhanden sei. So ergibt Herr Proctowski Differenzen nicht. Natürlich lehnten wir es ab, in dieser Sache gemeinsam mit Herrn Proctowski zu arbeiten. Vielleicht benutzt Herr Proctowski diese unsere Ablehnung als Unterlage für einen Terrorismusfall und sucht seine Arbeitgeberfreundlichkeit damit zu begründen. Im übrigen wünsche ich der „Elche“ viel Glück zu den vielen Zustimmungsdeclarungen aus den Kreisen der Verbandsmitglieder; sonderbar nur, daß bei all dieser Zustimmung die Hirsche immer lüchthäufig werden. Woran mag das wohl liegen? U. Gisfeld.

Diedenhofen. Die Bautischler entfalten sich jetzt am Orte und in der Umgebung recht rege und werden deshalb Arbeit gesucht. Wir bitten aber alle Kollegen, welche hier in Arbeit treten, sich sofort bei dem hiesigen Vertrauensmann, Kollegen J. Heimann, Altstraße 12 II, zu melden und nach den örtlichen Verhältnissen zu erkundigen. Unser Verkehrsort ist Brandstr. 20 im Voithinger Büro.

Emmerich. (Würtemmacher.) Die Organisations- und Arbeitsverhältnisse lassen hier sehr viel zu wünschen übrig. Während die bei der Firma Fidler beschäftigten Kollegen fast geschlossen der Organisation angehören, können die bei der Millionenfirma v. Gülpfen u. Schwarz beschäftigten, besonders in dem Schwesternbetriebe in s. Heerenberg, den Weg zur Organisation nicht finden. Und doch hätten gerade die bei letzterer Firma in Arbeit stehenden Kollegen alle Ursache, dem Verband beizutreten, sind doch die Lohnverhältnisse hier geradezu als miserabel zu bezeichnen. Obwohl bei der Firma Fidler durchschnittlich die Lohnverhältnisse besser sind, so war es neuerdings in diesem Betriebe doch möglich, infolge der guten Organisationsverhältnisse, für die Reder der Preis von 1,30 auf 1,40 M. zu erhöhen, ebenso für die Einzelne für einen Teil Positionen 5 Pf. mehr zu erlangen. Wählt das Organisationsverhältnis im allgemeinen am Orte noch sehr viel zu wünschen übrig, so auch die Anteilnahme an den Vorteilen des Verbandes seitens der organisierten Kollegen selbst. Diese müssen sich daran gewöhnen, nicht nur die Versammlungen regelmäßiger, sondern auch pünktlicher zu besuchen, wenn die Organisation weitere Fortschritte machen soll. In einer der nächsten Versammlungen wird einer der Bautischler ein Referat übernehmen. Wir erwarten, daß dann alle Kollegen zur Stelle sind.

Faier. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier nicht die rosigsten. Löhne von 10 bis 12 M. bei 65stündiger und längerer Arbeitszeit sind keine Seltenheiten. Die Kollegen haben ihren gewerkschaftlichen Pflichten nicht genügt, wenn sie nur ihre Beiträge entrichten und im übrigen den Dingen ihren Lauf lassen. Sie müssen die Versammlungen regelmäßiger besuchen. Nur das Zusammenwirken aller ermöglicht es, die Versammlungen so zu gestalten, daß sie auch wirklich nützlich sind. Wenn die Kollegen glauben, daß wir noch einmal fünf Jahre mit dem gleichen Tarif arbeiten, so sollte uns doch das Vorgehen einzelner Firmen etwas auffallen. Es darf nicht eher gesetzet werden, bis der leibl. Mann dem Deutschen Holzarbeiterverband zugeführt ist. Darum auf zu der am 22. April stattfindenden Versammlung, die eine wichtige Tagessitzung hat.

Oberhessheim. Endlich ist es auch wieder in Oberhessheim, dem katholischen Städtchen am Fuße des „heiligen Odilienganges“ im Elsass gelungen, eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. Als im Jahre 1905 die dortigen Kollegen es versuchten, sich zu organisieren, mußte es der frondeux Herr Abbe zu hinterstreben. Er suchte die Arbeiter in ihren Wohnungen auf und forderte sie auf, dem christlichen Verbund beizutreten. Als so unsere Zahlstelle zu grunde gerichtet war, hatte man aber kein Interesse mehr eingesehen. Auch jetzt treiben sich die Spitzel des Unternehmens und der Schwarzen in unseren Versamm-

lungsherrum und es hat auch einer sehr eliten anonymer Brief an eine dortige Firma gefandt, in welchem einige Arbeiter als Gründer des Verbandes benannt wurden. Die Kollegen sind also noch nicht ausgestorben. Ihrer Aussicht nach wird es aber den Herren nicht ein zweites Mal gelingen, unseren Verband schmäzulegen, denn die Kollegen kennen jetzt die Wölfe, die im Schafspelz eingeschlichen. Der Stundenlohn schwankt hier bei elfstündigem Arbeitszeit zwischen 20 und 25 Pfennigen. Dabei sind die Lebensmittel recht teuer und die Wohnungsverhältnisse geradezu miserabel. Wir wollen hoffen, daß es unserer Zahlstelle gelingt, bald bessere Zustände herbeizuführen.

Passau (Vergolder). Unsere Kritik der Verhältnisse in der hiesigen Leistungsfabrik in Nr. 0 der „Holzarbeiterzeitung“ hat geholfen. Es wurde 20 Kollegen und Kolleginnen der Lohn um 1-7 Pf. erhöht. Wenn auch nicht alle Kollegen dabei befriedigt sind, so hoffen wir doch bestimmt, daß auch noch weitere Lohnhöhungen folgen. Dies wird um so eher der Fall sein, wenn auch die Kollegen selbst ihren Mann dazu ziehen. Da gegenwärtig ein guter Geschäftsgang zu verzeichnen ist, ist der Betriebsleiter daran gelegen, tüchtige Polerer zu bekommen. Die von ihr selbst erlassenen Interate waren bis jetzt von wenig Erfolg. Dem Sektionsleiter wurde nun vorgeworfen, daß er die Kollegen von der Fabrik fernhalte, doch war es diesem nicht schwer, die Falschigkeit solcher Behauptungen zu widerlegen. Daran, daß die auswärtigen Kollegen Passau nichts liegen lassen, tragen andere Umstände schuld. Wir haben diese der Betriebsleitung schon mündlich mitgeteilt. Sollten die Zustände in Zukunft bessere sein, wie uns bereits versprochen wurde, so soll es uns an freuen; es ist letzten Endes nicht zum Schaden des Unternehmens. Auch uns ist es lieber, wenn statt der jugendlichen Arbeiter gelehrte Kollegen zu einem ausfindigen Lohn beschäftigt werden. Selbstverständlich ist, daß die Kollegen nach dauernder Arbeit verlangen und nicht nur nach Beschäftigung solange, als die gute Konjunktur dauert. Nach wie vor muß seitens der Kollegen der Arbeitsnachweis benutzt werden. Weitere Auskunft erteilt auch der Sektionsleiter Georg Blumeder, Landsberger Straße 83.

Mabolszell. Am 2. April fand hier die Konferenz der Zahlstellen am Bodensee statt, deren Städtchen sich schon seit Jahren als zweitmäßig erwiesen hat, um ein einheitliches Arbeiten im gemeinsamen Interessengebiet zu erreichen. Anwesend waren von den Zahlstellen 38 Kollegen sowie Kollege Schönenberger aus Schwenningen als Vertreter des Gauvorstandes. Aus den Jahresberichten der Zahlstellen war zu erkennen, daß in Mabolszell und Konstanz die Mitgliederzahl noch recht unzureichend ist, während Slingen gute Fortschritte zu verzeichnen hat. Dort hat sich auch der Arbeitsnachweis als vorteilhaft erwiesen. Ebenso hat die schweizerische Zahlstelle Kreuzlingen eine günstige Entwicklung durchgemacht. Ein alter Streit zwischen Konstanz und Kreuzlingen über die Zugehörigkeit der abwechselnd in den Grenzorten arbeitenden Mitglieder zum deutschen oder Schweizer Verband stand auch auf der Konferenz nicht die gehoffte Erledigung. Die Streitfrage wurde daher den Verbandsvorständen zur Erledigung überwiesen. Ein Referat des Kollegen Schönenberger über Arbeitsnachweise und die Agitation, das eine recht erprobliche Aussprache herbeiführte, beschloß die Versammlung.

Melkine. Wunder geworden durch unsere Agitationsversammlungen, fühlte sich der Christliche Holzarbeiterverband veranlaßt, nach 2½ Jahren Ruhe auch einmal wieder die Werbetrommel zu rütteln. Zu diesem Zwecke war zum 25. März eine öffentliche Versammlung anberaumt, jedoch kein einziger Unorganisierter war erschienen. Außer dem Vaterlandskind der Christlichen waren 8 unserer Mitglieder dort vertreten. Unsere Unwesentlichkeit schien nicht gerade willkommen zu sein, denn der Vorsitzende meinte, daß die öffentliche Einladung auf ein Verschämen beruhe. Der Referent war sogar so unfuglich, daß er anders reden würde, wenn wir nicht da wären. So beschaffte er sich mit einigen Terrorismusgeschichten, für die er aber den Nachweis schuldig blieb. Auf seine Anzapfung, warum unser Verband hier noch nicht mehr Mitglieder habe, konnten wir ihm damit dienen, daß hier das ihm nahestehende Zentrum einen großen Druck auf Andersgeinigte ausübe. Darauf ging der Redner vorsichtigerweise nicht ein und ließ es dann bei einigen Seitenhieben auf die bösen Sogis bewenden. Wir können mit dieser christlichen Werbearbeit zufrieden sein. Hat sie uns auch keine momentanen Erfolge gebracht, so dürfte sie doch einzelnen Mitgliedern des christlichen Verbandes zum Nachdenken veranlassen.

Schindlin. (Streit nach Weichen.) Unlänglich des Streits in der Pianosfabrik J. Goph u. Sohn fühlte sich der Monteur Kurt Wendler, als er am 25. Januar trock des Streits zur Arbeit ging, angeblich durch einen postensitzenden Tischler bedroht. Wie dieser und vier Zeugen jetzt vor Gericht bestanden, hat der Streitposten lediglich versucht, den W. durch gütliche Worte von der für die Streitenden nachteiligen Arbeitsaufnahme abzubreden. Der Angeklagte wurde schließlich zu einem Tage Gefangenurteil. Der so feinfühlige W. aber ist auf der durch das Weiterarbeiten beim Streit erreichten „Lebensstellung“ noch nicht alt geworden, denn er wurde bereits vor einiger Zeit wieder entlassen.

Wörth a. Main. Seit Oktober vorigen Jahres besteht hier eine Zahlstelle, die es mittlerweile auf 50 Mitglieder gebracht hat. Ein Teil derselben gehörte allerdings bereits vorher der Zahlstelle Almorbach an. Trotz der erzielten Fortschritte können diese noch nicht befriedigen, denn am Ort arbeiten weit über hundert Kollegen. Leider zeigen sich auch noch einzelne Kinderkrankheiten. Viele Arbeiter fehlt noch der Mut, um ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen und durch den Verband ihre Lebenslage heben zu können. Andere wissen nichts Besseres zu tun, als der Direktion brüderlich zu überbringen, wer dem Verband beigetreten ist oder was in den Versammlungen besprochen wird. Hier muß die Zeit noch recht erzieherisch wirken. Die Kollegen werden um so schneller zu ihrem Ziel kommen, je mehr Mitarbeiter sie für den Verband gewinnen. Was in Almorbach, wo jetzt fast alle Arbeiter organisiert sind, möglich war, muß sich auch bei uns erreichen lassen.

Unsere Lohnbewegung.

In Aachen bei Wittgen ist es der Westfälischen Möbelfabrik von Reichwald gelungen, Verursachungsreicher durch ein Hamburger Bureau zu erhalten. Einige dieser Ehrenmänner sollen bereits in Rastatt tätig gewesen sein. Den Mut der Streitenden können diese Leute nicht beeinträchtigen, ebenso wenig wie sie den Betrieb retten können, denn brauchbare Arbeiter geben sich nicht zum Streitbrecher her. Wir bitten jedoch, Arbeitsangebote in der Presse zu beachten.

In Bamberg wurde mit der Firma Müller (Möbelfabrik) ein vierjähriger Vertrag abgeschlossen, der die neuflündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich und 5 Pf. Lohnhöhung bringt. Im übrigen werden noch die Vaugulage, Montagegefehr usw. geregt.

In Bremerhafen sind die Verhandlungen über die von unseren Kollegen beantragten Verbesserungen des abgelaufenen Tarifvertrages ausgesetzt. Die Arbeitgeber waren zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Da der Beschäftigungsgrad gegenwärtig kein guter zu nennen ist, arbeiten unsere Kollegen vorläufig ohne Vertrag weiter. Wie gelegener Zeit müssen wir uns mit den Arbeitgebern weiter auseinandersetzen. Die Betriebe sind gesperrt. Zugang ist daher fernzuhalten.

In Bad Dürkheim, zur Zahlstelle Neustadt a. d. Haardt gehörig, sind die Tischler und Maschinendarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten.

In Frankenthal (Pfalz) stehen die Kollegen der Schuhfabrik von A. Pietroth u. Comp. im Streit. Die Firma ist wohl bereit, einen vierjährigen Vertrag abzuschließen, lehnt aber die Arbeitszeitverkürzung ab und macht in der Lohnfrage und Mindestlohn ein Zugeständnis, das nicht akzeptiert werden könnte. Zugang für Schreiner und Maschinendarbeiter ist streng fernzuhalten.

In Hagen i. W. scheiterten die Verhandlungen mit der Waggonfabrik daran, daß die Firma auf das Verlangen der Arbeiter, Stundenlöhne für jeden Kollegen festzulegen, nicht einging. Auch in Zukunft sollte angeblich noch Leistung die Lohnung festgesetzt werden. Alle Einwände, daß die Kolonnenführer nicht immer nach Recht und Gerechtigkeit die geleistete Arbeit abschätzen, fruchten nichts. Um Desigste zu verhüten, hatten die Arbeiter vorschlagen, daß auch die Kolonnenführer dazu ihr Teil befragen sollten. Diese beladen bisher bis zu 25 Proz. mehr Lohn als die Arbeiter durchschnittlich erhalten. Das ist durchaus nicht berechtigt, wenn vornehmlich die Leistung dieses Herren in Betracht gezogen wird. Die Firma betrachtet diese Vorschläge als Eingriff in ihre Herrschaft. Der Stand des Streits muß immer noch als sehr günstig bezeichnet werden. Die zwei Arbeitswilligen haben noch keine Kollegen gefunden. Doch sind jetzt Agenten zur Anwerbung der möglichen Elemente ausgesandt. So versucht ein Herr Knott in Berlin sein Heil. Hoffentlich geben die Berliner Holzarbeiter ihm die richtige Antwort. Bleiben die Bemühungen der Firma auch weiter ohne Erfolg, dann unten geordnete Zustände geschaffen werden.

In Hamburg ist die Aussperrung auf den toten Punkt angelommen. In der zweiten Woche waren etwas über 1500 Kollegen zu untersuchen, davon 1107 Streitende; die Aussperrung umfaßt 698 Kollegen. Abgereist sind bis jetzt 650 Mann. Im Arbeitgeberlager herrscht eine gleichmäßig gebrüde Stimme ob dieses Resultats und einzelne Firmen treten an den Holzarbeiterverband wegen des Abschlusses von Einzelverträgen heran. Unsere Kollegen haben sich bisher hierauf nicht eingelassen und werden zunächst abwarten, welche Stellung die demnächstige Arbeitgeberversammlung einnehmen wird. Die Schuhverbandleitung hat sich jetzt hilfesuchend an den Arbeitgeberverband Hamburg-Altona herangemacht und dieser hat daraufhin dem Schuhverband einen Kredit von 100 000 M. eröffnet. Man sieht also, wo die Herren der Schuh drückt, aber mit diesem befreitlosen Kredit wird ihnen wohl auch kaum geholfen sein, denn wenn es vielleicht mal etwas geben sollte, dann das frühestens im nächsten Jahre geschehen, wenn die buchstäblichen Geschäftsvolumen nachgewiesen sind. Wenn der Arbeitgeberverband diese Lasten auf sich nehmen will, haben wir nichts dagegen, aber nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen dürfen sich unsere Meister keinen allzu großen Hoffnungen hingeben. Die Wortführer der Arbeitgeber hatten die Behauptung verbreitet und bei ihren Anhängern Stimme danach zu machen versucht, daß die große Mehrzahl der Holzarbeiter von dem obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweis selber nichts wissen und dieserhalb keinen Kampf auf sich nehmen wollten. In einer Riesenversammlung unserer Kollegen wurde nach einem Referat des Kollegen Peter Berlin in geheimer Abstimmung die Meinung der Kollegen über den Wert und event. Fortbestand des paritätischen Arbeitsnachweises festgestellt. Für die unbedingte Erhaltung des Nachweises boten 2388 Stimmen, dagegen 86 Stimmen. Es bleibt also bei unserer aufgestellten Parole: Ohne paritätischen Arbeitsnachweis ist kein neuer Vertrag! Der Zugang ist streng fernzuhalten.

In Saske ist über den Betrieb Heinrich Serthe die Sperrung verhängt worden, weil der Inhaber sich weigerte, am 1. April die im Vertrag vorgesehene Arbeitszeitverkürzung durchzuführen und statt dessen unsere Kollegen entließ.

In Seidenheim ist mit dem Saigerwerk von Georg Siegler ein Tarifvertrag auf 4 Jahre vereinbart worden, welcher für die Kollegen eine ganz erhebliche Verbesserung ihrer Lebenslage in sich birgt. So ist unter anderem festgelegt: Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 9½ Stunden, seither 10, im Winter wie seither 9 Stunden. Der Mindestlohn beträgt für Arbeiter von 17-24 Jahren 80 Pf., 20 bis 23 Jahren 85 Pf., über 23-Jahre 88 Pf. und erhöht sich 1912 und 1914 um je 1 Pf. Die Stundenlöhne werden sofort um 3 Pf., 1912 und 1914 für Maschinendarbeiter um 2 Pf., für Hilfsarbeiter um 1 Pf., 1913 sämtlich um 2 Pf. erhöht. Die Überstunden werden mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. (seither nichts) verrechnet. Das ist ein ganz annehmbare Erfolg, um hoffentlich achten die Kollegen darauf, daß die Vertragsbestimmungen auch eingehalten werden. Die Bau- und Möbelschreiner stehen schon seit einem Jahre in einem Tarifverhältnis. Allen Kollegen empfehlen wir, die alle vier Wochen stattfindenden Mitgliederversammlungen regelmäßig zu besuchen. Uns-

besondere sei auf die am 24. April stattfindende Versammlung hingewiesen, in welcher ein beschreitender Vortrag auf der Tagesordnung steht.

In Heilbronn haben die wochenlangen Verhandlungen mit der freien Schreiner-Zunft zu keinem bestreitbaren Resultat geführt und sind nun Bau- und Möbelschreiner in den Streit getreten. Eine Firma hat noch Kündigungsschrift nach deren Ablauf noch 6 Kollegen hinzukommen. Bis jetzt haben 5 Meister bewilligt. Die anderen machen verschiedenartige Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen, jedoch mit weitaus Erfolg. Wir bitten nun die Kollegen allerorts, den Zugang fernzuhalten und ein wachsames Auge zu haben, damit keine Streiterarbeit gemacht wird.

In Herborn ist der Drechslerstreit zugunsten der Kollegen nach achtjähriger Dauer beendet worden. Die Arbeitszeit wird um zwei Stunden wöchentlich verkürzt, die Stundenlöhne außerdem um 2 Pf. erhöht. Eine weitere Aufbesserung von 8 Pf. erfolgt nächstes Jahr.

In Hof ist es auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu einem Vertragsabschluß gekommen. Der bis zum 15. Februar 1915 laufende Vertrag bringt etappenweise eine Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Stunden und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. Der Durchschnittszugang steigt von 36 auf 41 Pf.

In Konzburg v. d. Höhe ist mit der Vereinigung der Konzburger Schreinermeister ein Vertrag bis zum 1. April 1915 abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit beträgt 60 Stunden. Die Stundenlöhne werden sofort um 2 Pf. am 1. April 1912 und 2 Pf. und am 1. April 1913 und 1914 um je 1 Pf. erhöht. Der Mindestlohn beträgt 46 Pf. Der Aufschlag für Überstunden wurde mit 10 Pf. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 20 Pf. festgelegt. Für Arbeiten in Neubauten wird bei Altordarbeite der Frankfurter Bauausflüglerarbeitslohn beahlt, bei Lohnarbeit eine Baugulage von 3 Pf. ab 1. April 1912.

In Krefeld n. Rh. reichte die gesamte Arbeiterschaft der Waggonfabrik Herbrand am 8. April die Kündigung einer neunstündigen Arbeitszeit mit 10 Proz. Lohnerhöhung ab. Zu Ostern läuft die Kündigung ab. Die Entlohnung in dieser Fabrik darf wohl als die niedrigste von den Waggonfabriken im Rheinland-Westfalen bezeichnet werden. Seit zwei Jahren steht wieder nach und nach auf 10 Stunden verlängert werden. Zugang ist für alle Branchen streng fernzuhalten.

In Lichtenfels konnte die drohende Aussperrung in der Rauchfachwerksfabrik verhindert werden. Auch hat ein geheißen, daß unsere Forderungen berechtigt waren, und hat die Stundenlöhne um 8 Pf. erhöht und die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt.

In Liegnitz dauert nun die Aussperrung der Baustellener bereits acht Wochen. Von den 67 Aussperrten ist die Hälfte abgereist. Die Baustellener ist eine sehr rege und beginnt es bei den Meistern schon abzubrechen. Diese haben mit ihren Auszubildern böse Erfahrungen gemacht. Die Zahl der Arbeitswilligen, welche an sich nicht groß war, hat sich schon wieder vermindernd und werden jetzt wieder in den Provinzblättern Tischler gelacht, welche dem Deutschen Holzarbeiterverband nicht angehören. Trotzdem die Herren Venne und Gotsch sich rühmen, Arbeitsangebote die Hülle und Fülle zu erhalten, so scheut unsere Streikposten, wie diese Herren, welche die Arbeitswilligen von der Bahn persönlich abholen, resultlos abzutreiben. Die Meister sind von einem Machtfeind befallen worden auf Grund der letzten Lohnbewegung der Klavierarbeiter, welche nicht von einem vollen Erfolg geprägt war. Sie vergessen aber dabei ganz, daß die Verhältnisse in der Bauwirtschaft andere sind. Wir ersuchen alle Kollegen, den Zugang nach hier fernzuhalten und es wird uns dann ein Erfolg um so leichter sein, zumal diese Herren, die einmal dem Arbeitgeberverbund angehört haben, jetzt isoliert stehen, weil sie sich dessen Beschlüssen nicht fügen.

In Lüdenscheid sind allen Arbeitgebern Forderungen unterbreitet worden. Verlangt wird die 8-Stündige Arbeitszeit, 48 Pf. Durchschnittslohn und eine den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung mit Regelung der Überstunden und des Montagewesens. Voraussichtlich finden in den nächsten Tagen Verhandlungen statt. So lange diese nicht ein bestreitbares Resultat gezeigt hat, ist Vorsicht zu meiden.

In Lüttichendorf-Mund ist der Streit bei der Firma Ehmann beendet. Stattgefunden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe endeten damit, daß die Arbeitszeit Samstags um eine Stunde verkürzt und eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde erzielt wird.

Zu Mannheim und Ludwigshafen sind die Maschinenarbeiter in den Hobelwerken seit dem 4. April aussperrt. Der Vertrag war schon am 1. März abgeschlossen. Die Verhandlungen gestalteten sich recht schwierig, da die Hobelarbeiter dem Arbeitgeberverband für das Hafengeschäft angehören und gleichzeitig die Erneuerung der Verträge für den Stückgutverkehr, die Getreidefirmen und für die Maschinen- und Seitzer auf dem Rheinstrom erneut abgeschlossen werden sollten. Da nach verschiedenen Verhandlungen die Unternehmer keine genügenden Zugeständnisse machten, legten die Transportarbeiter bei einigen Stückgut- und Getreidefirmen die Arbeit nieder, hierauf erfolgte für diese Branchen die Aussperrung, tags darauf die Aussperrung in den Hobelwerken und die Kündigung der Maschinen- und Seitzer auf den Rheinschiffen. Es ist dringend nötig, daß der Zugang von Maschinenarbeitern, Sägern sowie Hilfsarbeitern nach Mainz/Rhein-Ludwigshafen streng fernzuhalten wird.

In Memmingen wurde nach längeren Verhandlungen vor dem Gewerbege richt ein Schiedsspruch gefällt, der für 1913 die Einführung der 8-Stündigen Arbeitszeit vorsieht, die Löhne sollen um 6 Pf. die Stunde, die Mindestlöhne von 86 auf 41 Pf. erhöht werden. Die Gehilfen stimmen in ihrer Versammlung dem Schiedsspruch zu, während die Meisterschaft diesen ablehnt. Letztere will keine Verkürzung der Arbeitszeit und nur 3 Pf. Lohnerhöhung zulassen. Infolge dieses Verhaltens kündigten die Kollegen ihr Arbeitsverhältnis und ist der Streit unvermeidlich. Zugang von Schreinern und Maschinenarbeiter ist streng zu fernzuhalten.

In Nördlingen ist der Tarifvertrag am 1. April abgelaufen. Da eine Einigung über einen neuen Vertrag bis dahin nicht zustande gekommen ist, haben die Arbeitgeber sämtliche

organisierten Kollegen aussperrt. Die Herren werden schon noch mit sich reden lassen, nur gilt es jetzt, jeden Zugang zu vermeiden.

In Nebra b. Magdeburg haben die 5 Gesellen des Storchmachers ebenso wie der Meister die Arbeit niedergelegt und sind abgereist, weil dieser eine vorher zugesetzte Erhöhung der Stundelöhne um 2 Pf. nachträglich nicht voll durchführen wollte. Den rückständigen Lohn können die Kollegen seither noch nicht erhalten und müssen nun erst deshalb klagen. Der Verdienst schwankt zwischen 12 und 15 Pf. Bevorstehend wollen den Betrieb meiden und sich bei der Ortsverwaltung melden.

In Offenbach a. M. stehen die Schreiner, Maschinenarbeiter und Glaser in der Lohnbewegung. Gefordert wird die 8-Stündige Arbeitszeit und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 7 Pf. Aufschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Regelung der Montageaufschläge usw. Festlegung eines Altordtarifes für Glaser und eines Altordtarifes für Bauanschläger. Abschluß eines vierjährigen Vertrags auf Grundlage des Vertragsmusters. Zugang bitten wir fernzuhalten.

In Ohligs haben die Wirtststube einen bis zum 15. März 1915 laufenden Vertrag abgeschlossen, der ihnen innerhalb der Vertragszeit eine Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden und eine Lohnerhöhung um insgesamt 8 Pf. pro Stunde bringt. Der Mindestlohn steigt auf 48 Pf., während die Arbeitszeit auf 54 Stunden verkürzt wird. Der Vertrag sieht Aufschläge für Überzeit- und Sonntagsarbeit vor, die mit 80 Pf. bzw. 1 Ml. pro Stunde bezahlt werden, und enthält u. a. die Feststellung, daß bei Arbeitswechsel am Ort der seither bezahlte Lohn weiter gezahlt werden muß. Dieser schöne Erfolg ist der guten Organisation zu danken. Hoffentlich sorgt nun auch jeder Kollege dafür, daß das Erzurgen auch hochgehalten wird. Nur die Schreiner und Stockearbeiter dürfte die erfolgreiche Bewegung der Bürstenmacher ein Ansporn sein, es ihnen gleich zu tun. Dazu ist allerdings notwendig, daß sie dem Verbandsleben fortgesetzt das nötige Interesse entgegenbringen.

In Osnabrück befinden sich die Kollegen seit vier Wochen im Kampf. Bekanntlich hat nur ein größerer Betrieb die in Berlin getroffenen Vereinbarungen anerkannt, die übrigen Unternehmer glaubten billiger davon zu kommen, wenn sie es auf den Kampf ankommen lassen. Darin werden sie sich aber täuschen. Zum 20. März war eine Vertretung unserer Kollegen einer Einladung des Gewerbeberichtsvorstandes gefolgt, dessen Eingreifen angeblich vom Magistrat veranlaßt war. Zu dem Wunsch, wir möchten das Gewerbeamt als Einigungsamt anrufen, nahm eine Versammlung am 8. April Stellung. Es wurde beschlossen, von dieser Anrufung abzusehen, aber uns zur Verfügung zu stellen, wenn das Gewerbeamt von der anderen Seite angerufen wird. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

In Posen ist der Streit bei der Firma Wendig und Söhne nach achtjähriger Dauer mit gutem Erfolg beendet. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse für alle Arbeiter durch einen einheitlichen Vertrag, die vordem abgelehnt wurde, ist erreicht. Der Mindestlohn für alle in der Tischlerei beschäftigten Arbeiter und Maschinenarbeiter ist dem der Tischlerei mit 40 Pf. pro Stunde gleichgestellt worden, der sich während der Vertragsdauer auf 45 Pf. steigert. Für Schuppen- und Blasenarbeiter ist ein Mindestlohn von 80 Pf. pro Stunde festgesetzt, der sich während des Vertrages auf 84 Pf. steigert und für Arbeiterinnen beträgt derselbe 21 Pf., welcher sich auf 28 Pf. pro Stunde steigert. Die Stundenlöhne derjenigen Arbeiter, welche unter dem Mindestlohn von 40 Pf. fallen, erhöht sich während des Vertrages um 7 Pf. für die übrigen Arbeiter um 6 Pf. und für weibliche Arbeiter um 3 Pf. Die Arbeitszeit ermäßigt sich während der Vertragszeit von 58 auf 54 Stunden wöchentlich. Für den Vertrag ist auch in diesem Fall der Wortlaut des Mustervertrages zur Anwendung gekommen. An den Kollegen ist es nun, durch Festhalten am Verbande das Errungene zur Durchführung zu bringen.

In Ruhralstadt haben in der Goldleistenfabrik von W. Bitton am 7. April die Bergarbeiter und Polizier die Kündigung eingereicht. Es kommen 12 Männer in Betracht. Die Löhne in der Fabrik bedürfen unbedingt einer Aufbesserung. Ausgelernte verdienen 18 Pf., nach 3-5 Jahren werden dann 15-17 Pf. bezahlt. Es wird gefordert: 82 Pf. Mindestlohn und auf alle Löhne 8 Pf. Aufschlag pro Stunde, für Überstunden 10 Pf., für Sonntagsarbeit 25 Pf. Aufschlag. Hoffentlich befindet sich die Firma bald, da die Kollegen zum Streit greifen müssen. Die gängigen Verhältnisse in der Fabrik bedürfen schon lange einer gründlichen Aufbesserung.

In Starkenberg ist ein neuer, bis 31. März 1915 laufender, für das ganze Bezirksamt gültiger Vertrag wieder ausgetragen. Die wöchentliche Arbeitszeit für Schreiner und Maschinenarbeiter wird sofort von 57½ auf 58 Stunden herabgesetzt. Die Löhne werden ab 1. April um 4 Pf., ab 1. April 1913 um weitere 2 Pf. erhöht, die gleiche Erhöhung erfahren die bisherigen Mindestlöhne und betragen diese dann in den höheren Orten 53 Pf. in den Landgemeinden 50 Pf. die Stunde. Die Arbeitszeit der Säger ist 57½ Stunden bei Bezahlung für 50 Stunden. Die Lohnerhöhung beträgt bei diesen 5 Pf. und erhöhen sich die Mindestlöhne auf 48 Pf. bzw. 45 Pf. die Stunde. Es gilt nun, den Vertrag in sämtlichen 30 Orten des Bezirksamtes zur Durchführung zu bringen.

In Südbaden bei Wiesbaden ist der Streit bei der Firma Wardswicks erfolgreich beendet. Die Firma hat den Vertrag unterschrieben, so daß die Arbeit am 4. April wieder aufgenommen werden konnte.

In Weisenstadt in Oberfranken haben die Säger und Holzwarenarbeiter bei Türrich die Arbeit niedergelegt.

Die Arbeiter fordern die zehnstündige Arbeitszeit und einige Pfennige Lohnerhöhung, sowie Aufbesserung der Hobler, deren Altordtarife die niedrigsten von allen Geschäftsmäßigkeiten sind. Es halten sich einige Streikbrecher eingefunden, doch haben die meisten den Betrieb wieder verlassen. Die Hoffnung, eine Verständigung herbeizuführen, ist um so eher begründet, als bei der anderen Firma am Ort, Gebhard & Co., jetzt die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt wurde.

Natürlich hat Herr Freese sein Herz in der Zeitschrift "Der Arbeitgeber" ausgeschüttet. Er hat dort über die schlechten Erfahrungen getagt, die er mit den Sozialdemokratie-

kraten gemacht haben will. Dieser Ertrag hat auch der Deutsches "Bund" abgedruckt und dazu bemerkte: "Solche Arbeiter, wie sie Herrn Freese als Ideal vorstehen, finden sich heute in Deutschland nur in den nationalen Werksvereinen." Es passiert uns sehr selten, mit Herrn Leibniz einer Meinung zu sein, aber in diesem Fall stimmen wir ihm durchaus bei. Der konstitutionelle Musterbetrieb von Freese ist reif, eine Domäne der Gelben zu werden.

Die Waggonfabrik Gebr. Hafmann u. Co., Alt.-Ges. in Breslau, erzielte im Jahre 1910 einen geringeren Fabrikationsgewinn als im Vorjahr, nämlich 885 052 Ml. (1026 431). Der Überschuss beträgt 511 705 Ml. (599 780), aus dem 85 Proz. Dividende (im Vorjahr 40) gezahlt werden sollen. Über die Aussichten wird im Geschäftsbericht mitgeteilt, daß für das Jahr 1911 infolge des großen Umlages ebenfalls ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden darf.

Gewerkschaftliches.

Der "Regulator der deutschen Arbeiterbewegung".

n. Herr Adam Stegerwald, der Generalsekretär vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, sieht mit einer Rede im Lande umher, worin er der deutschen Arbeiterchaft klar zu machen versucht, was sie alles der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu danken habe. In Nr. 12 des christlichen "Holzarbeiters" ist die Rede, wie er sie am 10. März in Düsseldorf gehalten hat, ausführlich wiedergegeben, und so haben wir denn wieder mal Gelegenheit, die alte Erfahrung bestätigt zu sehen, daß, wenn es auf Annahme und Überhebung ankommt, die Christlichen in der gesamten Welt voran sind. Herr Stegerwald gibt uns zunächst eine von höchstem "wissenschaftlichen" Geiste getragene Erläuterung des Gewerkschaftsgedankens und daran anschließend den Nachweis, warum unsere Organisation diesem Gedanken nicht entsprochen und daher einflusslos bleibe. Eine Gewerkschaft — so verkündet uns der Weise aus dem Christenlande — ist eine Organisation, die ihre Begründung hat in den gegenwärtigen Verhältnissen und Aufgaben der Gegenwart. Ihre Taktik muß sich daher richten nach den Bedürfnissen der Gegenwart. Die Taktik der politischen Sozialdemokratie dagegen dreht sich in der Hoffnung um Zukunftsziele. Um ihre Zukunftsziele begründen zu können, muß die Sozialdemokratie den Gegenwartstaat bekämpfen. Dadurch sind die Vertreter der gegenwärtigen Ordnung in eine natürliche Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie durch diese selbst hineingezwungen. Die selbstverständliche Folge ist mißtrauische und direkt feindliche Aufnahme der sozialdemokratischen Forderungen und in den meisten Fällen Ablehnung derselben. Und weil sozialdemokratische Gewerkschaften und Partei eins sein wollen, fehlt der deutschen Gewerkschaftsbewegung das unbedingt erforderliche Maß von Einfluß im Gegenwartstaat."

Nach des Herrn Generalsekretärs Ansicht stellt sich die Sache also folgendermaßen dar: Wenn freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter an die Unternehmer herantreten mit irgendeiner Forderung wegen Verkürzung der Arbeitszeit oder Erhöhung des Lohnes, so erwägt der Unternehmer nicht, welche Einbuße er dadurch an seinem Profit leidet, sondern er sagt sich: "Die Fordernden gehören den freien Gewerkschaften an, diese sind eins mit jener Partei, die den Gegenwartstaat bekämpft und die sozialistische Gesellschaftsordnung anstrebt, und da darfst du als staatsverhaltender Mann nichts bewilligen!" Welch bewundernswerte Kenntnis der Unternehmergesinnung! Nun haben wir ja die wackeren, ordnungsliebenden, von Religion und Vaterlandsliebe triebenen Gewerkschaftsschriften, die über den Verdacht des Umsurges so erhaben sind, wie der Papst über den Verdacht des Modernismus. Da müssen diese Musterknaben ja alles durchsehen können, was sie in ihrer Weisheit und Bescheidenheit zu fordern für gut finden. Und was sehen wir? Es war auf dem fünften Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen (1904), da erstattete der Herr Generalsekretär Stegerwald den Bericht im Namen des Gesamtverbandsausschusses, und er hob darin mit besonderer Genugtuung hervor, daß im Verhältnis zu ihrer Stärke die christlichen Gewerkschaften mehr an Streiks und Lohnbewegungen beteiligt gewesen wären, als die anderen Organisationen! Ja, warum denn, Herr Stegerwald, die vielen Streiks der Christlichen, die es doch wahrhaftig an guter, staatsverhaltender Gesinnung und all den sonstigen Tugenden eines Normalstaatsbürgers nicht fehlen lassen? Warum diese ablehnende Haltung des Unternehmertums gegenüber Forderungen von Leuten, die schon durch ihre Zugehörigkeit zum Zentrum zeigen, wie wenig sie geeignet sind, den Gegenwartstaat zu bekämpfen? Wenn sie dennoch mit ihren Forderungen abgewiesen werden und zum Ausstand greifen müssten, so scheint das Unternehmertum sich bei der Bekämpfung der Arbeiterbewegung doch wohl von anderen Dingen leiten zu lassen, als von der Neigung gegen das sozialistische Endziel".

Aber vielleicht ist die Regierung den christlichen Gewerkschaften gewogener gewesen als das Unternehmertum; vielleicht hat die Gesetzgebung die staatsverhaltende Bedeutung der christlichen Gewerkschaften erkannt und sie mit der Erfüllung sozialpolitischer Forderungen belohnt? Im Jahre 1903 tagte in Frankfurt a. M. der christliche Nationalarbeiterkongress, der sich nach langem Nieden auf folgende Forderungen einigte: Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts, freiheitliches Vereinsrecht für das Reich, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und endlich die Einführung von Arbeitskammern. Im November 1906 kam die Regierungsvorlage, betreffend die Berufsvereine, an den Reichstag, die heutzutage miserabel war, daß auch die christlichen Arbeiter sie

zurückgewiesen! Im Frühjahr 1908 kam die Vorlage über das Reichsvereinsgesetz, die vom gesamten Zentrum mit Einschluß der christlichen Arbeitervertreter abgelehnt wurde! Die jetzt noch verhandelnde Arbeitskammervorlage ist so, daß sie, wenn die christlichen Gewerkschaften bei ihrer bisher eingenommenen Stellung beharren, nicht die Zustimmung der ultramontanen Arbeitgeberverbänden finden kann! Und auf die erstgenannte Forderung bezüglich der Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes hat die Regierung überhaupt noch nicht reagiert, und nach Vage der Dinge dürfen die Wünsche der Scharfmacher auf Einschränkung des Koalitionsrechtes mehr Aussicht auf Erfolg haben als die Wünsche der christlichen Arbeiter. Das ist die Art, wie die Regierung den christlichen Arbeitern ihre gute Gestaltung, ihre staatsverhaltende, aller Veldämpfung der gegenwärtigen Gewerkschaftsordnung abholde Tätigkeit schafft!

Natürlich sagt von solchen Dingen Herr Generalsekretär Stegerwald nicht das Mindeste, sie passen nicht in seinen Raum. Er hat sich nun mal vorgenommen, der Welt zu beweisen, daß das Heil der deutschen Arbeiterbewegung in den christlichen Gewerkschaften liegt, und danach wählt er sein Material, je beweisloser, desto besser! So versteigt er sich

zu der läunigen Behauptung, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften viel zu verdanken haben. Denn seit der Gründung der christlichen Gewerkschaften habe die gewerkschaftliche Agitation viel intensiver eingesetzt; wenn mehrere Rüttelungen in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden seien, treibe die eine die andere; ohne die Christlichen seien in Deutschland eine halbe bis dreiviertel Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, und durch die christlichen Gewerkschaften seien den freien Organisationen eine Anzahl agitatorischer Maßnahmen aufgenötigt worden. Armer Stegerwald! Da bemüht sich der Mann zunächst im Schweiße seines christlichen Angesichts, der Welt dazutun, welcher Schaden die freien Gewerkschaften für die deutsche Arbeiterbewegung seien. Dann "beweist" er in seinem Elter, daß die christlichen Gewerkschaften zum Wachstum und zur Entwicklung der freien Organisationen viel beigetragen haben — ohne sich dabei der Selbstanklage bewußt zu werden, daß seine Organisationen dann ja mit beigetragen haben zur Vermehrung und Verschämmerung des "Uebels", an dem angeblich die deutsche Arbeiterbewegung leidet. Das kommt davon, wenn man mehr zu beweisen versucht, als sich mit den Tatsachen verträgt!

Merkwürdig auch, wie hoch Herr Stegerwald die Tatsache werte, daß in Deutschland 2½ Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, ohne daß er Anstoß daran nimmt, daß davon vier Fünftel auf die sozialistische Seite entfallen. Wir sind weniger anspruchlos. Wir lassen uns nicht durch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter imponieren, wir sehen uns auch das Wesen der Organisationen, ihre Grundsätze und ihre Tätigkeit an, ehe wir uns schlüssig werden, ob ihre Mitgliederzahl ein Gewinn für die deutsche Arbeiterbewegung ist. Und da stehen wir auf dem Standpunkt, daß ebensoviel, wie die Gelben, auch die Christlichen einen Vorteil für die deutsche Arbeiterbewegung bedeuten, und wir lehnen es, namentlich nach den Vorkommenen der letzten Monate, mit aller Entschiedenheit ab, mit den gelben Unternehmerorganisationen und den schwärzgelben Zentrumsgewerkschaften irgendeinem Sammelbegriff untergeordnet zu werden. Das Verhalten der Christlichen bei der letzten Lohnbewegung der Bergleute, ihre Streitbrecherei auf Beche Lucas, in Hausham und Benzberg, in Eilenburg, auf der Union in Dortmund, ihre Handlangerwilligkeit bei dem holzverträgerischen Kreisen des Zentrums macht es uns zur Pflicht, jede Gemeinschaft mit dieser Form von Arbeitersorganisation zurückzuweisen. Herr Stegerwald mag wieder im Lande umherreisen, um den Kampf gegen zwei Fronten: das Scharfmachertum und den Sozialismus zu predigen und die christliche Gewerkschaftsbewegung als den — welch schöner Name! — "Regulator der deutschen Arbeiterbewegung" anzupreisen. Sein aus Jesuiterei und Unkenntnis zusammengesetztes Gerede wird nicht verfangen gegenüber den Taten der christlichen Gewerkschaften, von denen jede einzelne geeignet ist, das lustige Gebäude seiner Gladbacherei über den Häusern zu stürzen.

Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird von der Generalkommission auf den 26. Juni 1911 nach Dresden in den Saal des "Zinoli" einberufen. Nach der im "Correspondenzblatt" veröffentlichten Einladung ist als Tagessordnung vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten;
2. Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate;
3. Beratung der Anträge, betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation;
 - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern;
 - c) Streifunterstützung und Streikstatistik;
 - d) Arbeiterrinnen-Sekretariat;
 - e) Correspondenzblatt;
 - f) Sozialpolitische Abteilung;
 - g) Zentral-Arbeiterssekretariat;
 - h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.
4. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.
5. Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz.
6. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.
7. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung.
8. Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben.
9. Bildungsbestrebungen und Bibliotheken in den Gewerkschaften.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 15. Mai 1911 an die Generalkommission einzusenden. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im "Correspondenzblatt" veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 26. Juni 1911, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 1. Juli tagen. Die Verleitung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach den von dem vierten Gewerkschaftskongress (Stuttgart 1902) beschlossenen Bestimmungen.

Der Federarbeiterverband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1910 von 11 922 auf 14 850 gesteigert. Auch die Massenverhältnisse der Organisation haben sich bedeutend verbessert. Der Verband hat am Jahresende ein Vermögen von 182 828 Ml., darunter 33 597 Ml. in den Lokalfassen.

Der Außenschwerverband zählt am Schlusse des Jahres 1909 4548 Mitglieder, das sind 984 mehr, als am Schlusse des Vorjahrs. Unter den Mitgliedern sind 1555 weibliche; im Vorjahr betrug deren Zahl nur 893. Das Vermögen der Verbandskasse ist von 89 675 Ml. auf 114 187 Ml. gestiegen, wozu noch 13 950 Ml. in den Lokalfassen kommen.

Technisches.

Die Tischlerwerkstatt. Von L. Meinelting, Direktor der Tischlerschule Wansenburg a. S. Bierte, neu bearbeitete Aufgabe von W. Schmidt: "Die mechanische Tischlerwerkstatt". Mit 180 Tafeln. Verlag von Bernh. Friedr. Voigt, Leipzig. Preis 4 Ml. geb. 5 Ml.

Das Buch ist berechnet, dem werdenden Tischler Belehrung zu bringen, doch wird es auch der ältere Kollege nicht ohne Genugtuung aus der Hand legen. Der Verfasser behandelt nacheinander Analogie und Einrichtung von Tischlerwerkstätten, des ferneren die erforderlichen Werkzeuge. Unter diesen dürfte manches Stück sein, das in vielen Werkstätten noch nicht bekannt ist. Ein weiterer Abschnitt behandelt die gebräuchlichsten Tischlermaschinen, während ein letzter kurz in die Geheimnisse der Kalkulation einführt.

20-Pfennig-Fachbibliothek für die gesamte Holzindustrie. Verlag der Norddeutschen Tischlerfachschule, Heide in Holstein. Die Norddeutsche Tischlerfachschule ist ein eigenartiges Unternehmen. Sie will den Besuch einer eigentlichen Fachschule zu einem gewissen Grade durch Unterrichtsstunden ersetzen. In diesen Seiten sind Aufgaben gestellt, welche zur Korrektur und zur Prüfung an die Schule einzufügen sind. Der ganze Kursus umfaßt 125 Seiten a 20 Pf. Nach dem Krosspell würden sich die Kosten des Studiums auf 8—4 Jahre verteilt, einschließlich Porto, Prüfungsgebühren und Materialien, auf 120 Ml. belaufen. Herausgeber der Fachbibliothek ist Herr Alfred Busch in Berlin.

Eingesandt.

Generalkommission der Musikinstrumentenarbeiter.

An die Bevölkerung! Wir sandten am 18. März ein Bittschreiben an einen großen Teil der Bevollmächtigten und Bahlstellenleiter unseres Verbandes mit der Bitte, uns den an das Bittschriften angehängten Fragebogen bis zum 15. April ausfüllt zurückzusenden.

Dieser Bitt ist bis jetzt leider nur ein geringer Teil der Bevollmächtigten nachgekommen. Es hat den Anschein, als sollten wir noch mehrere Wochen auf die Zurücksendung der doch nach unserer Ansicht sehr leicht zu beantwortenden Fragebögen warten müssen. Bedauerlicherweise sind wir aber durch das Ausbleiben der Fragebögen in unseren Allgemeinarbeiten vollständig gelähmt. Wir richten daher nochmals hierdurch die Bitte an die Bevollmächtigten, doch im Laufe dieser Woche, wenn irgend möglich, uns diese Fragebögen zuzustellen.

Wir kollegialen Grüß.

Die Generalkommission der Musikinstrumentenarbeiter. J. A. Weinhold, Hamburg 19, Bielefelderstr. 27.

Generalkommission der Büsten- und Pinselmacher.

Alle Sendungen für die Generalkommission sind nun mehr an den unterzeichneten Vorsitzenden (nicht mehr an Kollegen Huber) zu richten.

Wir kollegialen Grüß.

G. Wallauer, Pinselmacher, Nürnberg, Schleifweg 85, I.

Bur Jugendfrage.

Un das Eingesandt des Kollegen Möller in Nr. 18 unserer Zeitung möchte ich einige Bemerkungen knüpfen. Die Jugendkommission findet in den Bezirken, Branchen und Werkstättsibungen nicht den nötigen Anhang. Warum? Die Kollegen, welche die Anregungen nicht verstehen oder verstehen wollen, sind sich der Tragweite ihrer Antipathie gegen die Jugendbewegung nicht bewußt. Der Galen ist die Unkenntnis von der Gewerkschaftsbewegung und den wirtschaftlichen Verhältnissen. In dem Jahrzehnt von 1900 bis 1910 hat sich die Produktionsweise hier in Berlin fast gar nicht geändert. Neue Maschinen wurden, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht eingeführt. Aber seit ein bis zwei Jahren muß man der Konkurrenz in der Produktion Rechnung tragen und sich zu diesem Schritt bequemen. Die Kapitalkonzentration macht auch in der Holzindustrie größere Fortschritte und führt zur Einführung verbesselter Maschinen, welche die Teilarbeit im hohen Maße fördern. Diese Teilarbeit ist nun für die Mehrzahl unserer Kollegen der sichtliche Punkt. Die geleerten, älteren und somit teureren Arbeiter werden entlassen und ungelernte, junge, billigere Arbeiter eingestellt. Auch die Frauenarbeit findet in der Holzindustrie mehr und mehr Eingang. Der Kapitalismus fragt eben nicht nach Alter und Geschlecht, sondern nur allein nach dem Profil. Dieses Faktum finden wir bei den Klaviermachern, Vergoldern, Kammachern usw. realisiert und belegt. Die naive Auffassung, daß die großen, komplizierten Arbeiten der Tischlerei durch die Teilarbeit nicht auszuführen wären, sind jetzt schon durch die Tatsachen widerlegt. Die Zukunft wird auch dem nächsten Kollegen die Augen öffnen, denn der Kapitalismus ist in dieser Beziehung ein Wunderding. Wir müssen aber immer mit dem

